

italienischen Regierung unternommen worden sind, um ihr eine Beschränkung der militärischen Operationen zu empfehlen. Die italienische Regierung behält sich volle Aktionsfreiheit vor, abgesehen von den türkischen Küsten des Adriatischen und Ionischen Meeres.

Ein türkisches Dementi.

Konstantinopel, 7. März. Die Verhängung des Belagerungsstandes in Afrika wird amtlich dementiert. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte, wonach der Ministerrat die Vermittlungsfrage beraten habe und die Mehrheit der Minister geneigt sei, die guten Dienste der Mächte auf Grundlage der Anerkennung der religiösen Souveränität des Sultans in Tripolis und der Ghrenaila und der politischen Souveränität über eine der beiden Provinzen anzunehmen, werden halbamtlich dementiert. Die Pforte sei mehr denn je entschlossen, die Rechte der Türkei auf die beiden Provinzen aufrechtzuerhalten.

Ein neuer Kampf bei Margheb.

Rom, 7. März. Nach einem Telegramm des Generals Reissol wurden die Stellungen der Italiener auf der Anhöhe von Margheb am 5. d. M. auf der östlichen Front vom Feinde angegriffen. Nach einem Kampfe, der von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens dauerte, wurde der Feind mit schweren Verlusten zurückgeworfen. Die Italiener hatten einen Toten und drei Verwundete.

Tripolis, 7. März. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) General Reissol sandte heute weitere Einzelheiten über den letzten nächtlichen Kampf bei Margheb. Der Kampf dauerte bis in die Morgenstunden des 6. März. Die Angriffe waren sehr zahlreich und sehr heftig und wurden nur von kurzen Pausen unterbrochen, während deren der Feind immer neue Verstärkungen vordrängte. Die feindlichen Truppen bestanden aus Arabern und regulären Türken und wurden auf mehr als 8000 Mann geschätzt. Die von den Italienern und ihren Kundschaffern gemachten Befragungen beziffern die feindliche Stärke noch höher. Die Italiener hatten ein Infanteriebataillon, ein Artilleriebataillon, zwei Bersaglieribataillone, zwei Feldbatterien und eine Gebirgsbatterie ins Feld geschickt.

Die Sperrung der Dardanellen.

Konstantinopel, 7. März. Die Pforte verfügte, daß die Sperrung der Dardanellen bei Nacht nunmehr strengstens durchgeführt werden muß. Die Gerüchte, daß Rußland beabsichtige, Kriegsschiffe in die Dardanellen zu entsenden, wird vom russischen Vorkonsul entschieden dementiert.

Die Revolution in China.

Ein Geschäft für das internationale Bankkapital.

London, 7. März. Die „Times“ meldet aus Peking vom 6. d. M.: Der chinesische Finanzminister teilte am Sonnabend den Vertretern der englischen, deutschen, französischen und amerikanischen Banken mit, daß für die diplomatischen Vertretungen Chinas im Ausland eine Million Taels unbedingt nötig sei. Die Banken haben nun mit Zustimmung ihrer eigenen Regierungen und ebenso der russischen und japanischen Regierung Quanshilai zugesagt, eine halbe Million Taels sofort, eine halbe Million in zehn Tagen und weitere Beträge später vorzuschicken. Die Banken aller sechs Nationen werden unter später festzusetzenden Bedingungen beteiligt werden. Die Beteiligung wird rückwirkende Kraft haben und auch den Vorschub von zwei Millionen Taels einschließen, der vorige Woche der Konfuzius-Regierung gewährt worden ist. Das Abkommen über die Anleihe von 20 Millionen Mark zwischen der Russisch-Asiatischen Bank und dem Kaufinger Schahamit ist rückgängig gemacht worden. Die beabsichtigte Entsendung von Truppen aus dem Süden ist aufgegeben worden.

Der italienische Parteivorstand und die innere Krise.

Rom, den 2. März. (Fig. Ver.) Die eigenartige Stellung, die das Organisationsstatut der italienischen Partei der Parlamentsfraktion zuweist, brachte es mit sich, daß der Parteivorstand der Spaltung der Fraktion gegenüber keine Entscheidung treffen konnte. Die Fraktion unterliegt nicht der Jurisdiktion des Parteivorstandes, sondern lediglich der des Parteitag. Der Parteivorstand hat sich denn auch zu der einzig möglichen Lösung entschlossen und hat den im Oktober dieses Jahres fälligen ordentlichen Parteitag für den Anfang Juni einberufen.

Dieser Parteitag wird viel weniger über den Konflikt zu entscheiden haben, der heute die italienische Partei bewegt, als über die Schaffung eines Organisationsstatuts, das die Möglichkeit ausschließt, die faktische Einheit der Partei durch ähnliche Konflikte aufzuheben und zu zerschlagen. Bis zum Juni kann sich in Italien vieles ändern. Der Krieg kann beendet sein, und die Wahlreform ist bis dahin vielleicht längst zum Gesetz geworden. Gollitti selbst kann seiner Allmacht müde geworden sein und sich einen Statthalter bescheiden lassen. Die können uns also in drei Monaten einer ganz anderen Situation gegenübersehen, die vielleicht die Reformisten der Linken wieder mit denen der Rechten vereint, so daß der Wandel der äußeren Verhältnisse die Frage der Parteispaltung wieder ganz und gar in den Hintergrund rückt. Aber man darf nicht vergessen, daß die heutige Krise zu einer ernsten, die ganze Partei erschütternden Erscheinung erst dadurch wurde, daß im organisatorischen Gefüge der italienischen Partei die Möglichkeit fehlte, die parlamentarischen Vertreter der Partei zum Ausdruck des Mehrheitswillens zu machen. In allen Parteien der ganzen Welt ergeben sich Meinungsdivergenzen, aber sie gefährden nicht das Leben und die Leistungsfähigkeit der Organisation, weil die Minderheit sich der Mehrheit unterordnet.

Die am 22. Februar durch die Spaltung der Fraktion offiziell gewordene Parteikrise datiert in Wirklichkeit nicht von diesem Tage her, sondern vielmehr vom 8. Februar, an dem in Bologna die Parteifraktion im Sinne Turatis und gegen die Auffassung Brambollinis der Minderheit das Recht gab, im Parlament selbständig vorzugehen. Diese Entscheidung und nicht die Frage des Aufstehens oder Sitzbleibens während der Ehrung für die in Tripolis Gefallenen hat dann die Sinnlosigkeit des weiteren Verbleibens in demselben Fraktionsverbande vor Augen geführt. Der Partei ist wenig damit geholfen, wenn wirklich ängere Umstände wieder eine vorübergehende faktische Einheitlichkeit schaffen sollten. Mit dem Wechsel der Politik können die verschiedenen Fraktionen wieder auseinanderklaffen und kann sich der heutige Konflikt aus anderem Anlaß wiederholen, so lange nicht das Organisationsstatut den Begriff der Parteidisziplin in einer Weise schafft, durch die sich gewisse faktische Konflikte innerhalb der Partei gar nicht abspielen können.

In Erwartung des Parteitages hat der Parteivorstand am 29. Februar eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß er nur darum von seinem Rücktritt absieht, um mit allen Mitteln über die Einheit der Partei zu wachen, bis der Kongreß der Partei eine klare Richtschnur gegeben haben wird. Am Tage

vorher hatte die Parlamentsfraktion selbst ihre Einigung auf der Grundlage der Parteidisziplin beschlossen, nachdem Bissolati seinen Rücktritt aus der Fraktion erklärt hatte, in der er sich heute als ein Element des Konfliktes und der Spaltung ansieht. Somit wäre die heutige Krise, soweit sie eine Krise der Taktik und der Disziplin war, im Sinne der Anerkennung der Disziplin gelöst worden. Um als taktische Krise die Bedeutung zu erlangen, die sie tatsächlich erlangt hat, mußte ihr freilich ein tieferer innerer Zwiespalt zugrunde liegen, eben die verschiedene Auffassung des Sozialismus: diesen Zwiespalt kann der nächste Parteitag klären, befehligen wird er ihn nicht. In einem stauff organisierten Parteitag stellt er keine große Gefahr dar. Von den drei Erscheinungsformen des Reformismus: dem Reformismus als Theorie, dem Reformismus als Taktik und dem Reformismus als systematischer Reaktion der Disziplin und organisatorischen Einordnung schließlich die letzte die größte Bedrohung für unsere Partei ein. Aus der heutigen Krise ist gerade dieser Reformismus als Besiegter hervorgegangen.

Bissolatis Austritt aus der Fraktion, dem sich am 2. März auch Bonomi angeschlossen hat, hat sicher die Lage der Rechtsreformisten wesentlich verbessert. Bissolati hatte erklärt, in Modena und vorher, daß kein Mehrheitsbeschluss ihn jemals zwingen könnte, gegen die Wahlreform und gegen das Monopol zu stimmen. Für ihn war es also unmöglich, sich einer Fraktion anzuschließen, die von ihren Mitgliedern Disziplin fordert. Hätte er eine neue Fraktion der Rechtsreformisten bilden wollen, so wären ihm die Seinen blindlings gefolgt, so daß die Rechtsreformisten mit dem Schium der Disziplinlosigkeit vor den Parteitag von Reggio Emilia getreten wären. Wie damals, als er, ohne sich mit jemand anderem beraten zu haben, dem Rufe des Königs in den Quirinal folgte, hat sich auch diesmal Bissolati von den Gefährten losgesagt, um diese nicht dazu zu verurteilen, die Wechselfälle seines Schicksals zu teilen.

Es sei ausdrücklich hervorzuheben, daß Bissolati nicht aus der Partei ausgestiegen ist, sondern nur aus deren parlamentarischen Verbande. Öffentlich schafft der neue Parteitag eine Organisation, die es unmöglich macht, daß Mitglieder der sozialistischen Partei im Parlament wirken, ohne der sozialistischen Parlamentsfraktion anzugehören, und daß dieser Fraktion Personen angehören, die außerhalb der sozialistischen Partei stehen. Die Kommission, die der Parteivorstand mit der Ausarbeitung der Reform des Organisationsstatuts betraut hat, erwidert allerdings nicht übertriebenes Vertrauen. Sie besteht aus den Genossen Bidotti, Cioffi und Signatari, die alle drei der äußersten Rechten der Partei angehören.

Die kurze Episode der Spaltung der italienischen Parlamentsfraktion kann im Grunde als eine neue lehrreiche Lektion angesehen werden, die die Tatsachen dem italienischen Reformismus gegeben haben. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, hervorzuheben, daß Turati an der Ablehnung der Pflicht der Disziplin festgehalten hat. Einem Sinnes mit Bissolati in den theoretischen Voraussetzungen, stimmt er mit ihm auch darin überein, daß er den disziplinarischen Zwang ablehnt: auf diese Weise blieb ihm zur Geltendmachung seiner momentanen taktischen Abweichungen kein anderes Mittel als die Parteispaltung. Mit geradem Freßbäcker Schlichtheit und Verständlichkeit haben die Tatsachen diesmal gezeigt, daß der Begriff der Partei mit der Disziplin nicht und fällt. In Mailand hat man mit den Wahlbündnissen mit bürgerlichen Parteien gebrochen, in Modena mit dem systematischen Ministerialismus; in Reggio Emilia muß nun dieser neuen Orientierung der Mehrheit die organisatorische Möglichkeit gegeben werden, die praktische Haltung der Minderheit zu bestimmen. Führt dann diese Minderheit in ihrer theoretischen Überzeugung ein unüberwindliches Hindernis, sich den praktischen Forderungen der Mehrheit zu fügen, dann sind die Folgerungen aus dieser Situation für die Minderheit leicht zu ziehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März 1912.

Das Ende der Generaldebatte.

Aus dem Reichstag, 7. März. Den letzten Tag der Generaldebatte über den Etat des Reichsamt des Innern leitete Genosse Reus mit einer eingehenden Behandlung der Landarbeiterfrage ein. An die Spitze seiner Erörterung stellte er die Forderung des unbedingten freien Koalitionsrechtes und die Aufhebung aller altertümlichen Bestimmungen, unter denen die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter heute noch zu leiden haben. Seiner Forderung gab er eine wirkungsvolle Begründung durch die ausführliche Schilderung der Verhältnisse, wie sie sich mehr und mehr, namentlich durch die Einführung der Maschine entwickelt haben. Er konnte nachweisen, daß vor allem die Zunahme der Saisonarbeit den Landarbeiter vielfach von dem, was man menschliche Wohnung nennt, vollständig losgelöst hat, und daß auch die Löhne so niedrig sind, daß allerdings deutsche Arbeiter nur schwierig gewonnen werden können. Man kann es verstehen, daß diese Wahrheiten auf der rechten Seite des Hauses mit wenig Freude aufgenommen wurden. Diesen Herren ist es allerdings angenehmer, durch allgemeine Redensarten über Rettung des Mittelstandes ihre Wähler und sozusagen ihr Gewissen zu beruhigen. Unser Redner gab in diesem auch eine scharfe Kritik dieser angeblichen Mittelstandspolitik, der in der Tat bisher jeder Erfolg versagt bleiben mußte, während der Bauer für die Gedanken und die Wirksamkeit des Sozialismus immer zugänglicher wird. Das konnte er auch gegenüber dem Liberalen Kerstensteiner betonen, der tags zuvor alles Heil lediglich in der Ausbildung der Persönlichkeit hatte erblicken wollen.

Der Zentrumsredner Dr. Pfeiffer hielt eine längliche, mit mancherlei Zitate belastete Rede, um zu dem erwarteten Schluß zu kommen, daß vor allem eine „religiös-sittliche Erziehung“ notwendig sei. Viel unverhüllter zeigte Graf Rantz von den Konservativen die Absichten der Reaktion. Er gab klar zu verstehen, daß nach der Auffassung seiner Freunde nicht einmal der bestehende Jolltarif ausreichen werde. Er fand hierfür die absolut eindeutige Wendung, daß die beste Verteidigung der Hieb ist. Allerdings war er vorsichtig genug, die vom Abg. Gothein geforderte Enquete über die Wirkungen der Hölle auf die Landwirtschaft als überflüssig abzulehnen. Die sehr veraltete, und kaum durchführbare Forderung eines Sparassenzwanges stellte der Nationalliberale Götz auf. Als letzter Redner sprach ein Junger von der Fortschrittlichen Volkspartei, der Abg. Weinhäuser, der die Ausdehnung des Koalitionsrechtes und seine Sicherstellung für Arbeiter und Angestellte, forderte. Er verlangte auch, namentlich mit Rücksicht auf die jetzt gerade drohenden Kämpfe im Wirtschaftsleben, den Ausbau des Tarifwesens und ein verständiges Eingreifen der Regierung. Dann endlich war der Staatssekretär in den Genus seines Gehaltes gekommen, und die Einzeldebatte konnte einen kleinen Anfang nehmen, der nach der für morgen anberaumten Wahl des Präsidiums fortgeführt werden wird.

Eine Abrechnung mit Herrn Lenze.

Mit dem Finanzminister Lenze, der sich allmählich in die Rolle eines Sozialistenverfeinders versehen zu können glaubt, hielt Genosse Vorhards am Donnerstag im Abgeordnetenhaus eine gründliche Abrechnung. Bei der zweiten Lesung des Etats der Verwaltung der direkten Steuern hatte der ehemalige nationalliberale Oberbürgermeister und jetzige preussische Finanzminister eine Lauge für die Landräte aus Vorkasse der Veranlagungskommissionen bis über den Scheitelpunkt auf dem Lande in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit durchgeschickt, stellte Herr Lenze rumbroch in Abrede. Obwohl sein eigener Erlaß ihn Lügen strafte, lobte er die Landräte als Vorkassier der Veranlagungskommissionen bis über den Scheitelpunkt, und der Weisfall der Rechten spornte ihn zu immer weiteren Phrasen an, die schließlich ihren Höhepunkt in dem bekannten Klagespiel über die hohen Gewerkschaftsbeiträge erreichten, die die Sozialdemokraten den Arbeitern angelastet aus der Tasche nehmen. Uns hatte damals die Mehrheit das Wort zur Erwiderung abgekauft. Aber Genosse Vorhards holte das Versäumte nach, und trotz der wiederholten Versuche des amtierenden Abgeordneten Krause, ihn mundtot zu machen, gelang es ihm, seine Rede zu Ende zu führen und in scharfer und geschickter Weise dem Minister nicht nur das Ungehörliche seines Benehmens den Sozialdemokraten gegenüber vor Augen zu führen, sondern auch die sachliche Unrichtigkeit der Lenzeschen Behauptungen nachzuweisen. Der konservativ-liberalen Mehrheit war das Vorgehen unseres Redners natürlich in höchstem Maße unangenehm. Aber sachlich konnten sie nichts erwidern, und so blieb ihnen denn nichts anderes übrig, als die Rede, die sich zu einer wichtigen Anklagegeheule gestaltete, mit anzuhören und zu schweigen. Und auch der angegriffene Minister schwieg. Was hätte er auch den Tatsachen entgegenstellen können!

Im übrigen ist aus der Beratung des Etats des Finanzministeriums die Bewilligung des Korruptionsfonds in den Bemerkungen zu erwähnen, gegen den nur Polen, Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum stimmten.

Vorher hatte das Haus den Bericht der Budgetkommission den konservativ-liberalen Antrag betreffend die Anstellung von Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen anstelle der Landräte entgegengenommen. Die Antragsteller taten das Klügste, was sie tun konnten, sie zogen ihren Antrag, den die Kommission als erledigt betrachtete, zurück. Geändert wird dadurch an den Verhältnissen nichts, die Landräte werden, wenigstens solange Herr Lenze den Ministerfessel aert, nach wie vor den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen führen, und die Steuerdefraudationen auf dem Lande werden weiter in Blüte stehen.

Freitag: Etat der Bauverwaltung.

Das Herrenhaus gegen die Arbeitsscheuen.

Wenn die hohe Staatsregierung die Vorlage über die Zwangsarbeit der Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen zuerst im Hause der Erlaunders und Edlen eingebracht hat, so ist das — ihr gutes Recht und niemand, der verfassungstreu ist, wird daran was auszusetzen haben. Um so mehr freilich an der Vorlage selbst, die bestimmt, daß die Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen, deren Angehörige von der öffentlichen Armenpflege unterstützt werden müssen, zwangsweise in einer öffentlichen oder entsprechend eingerichteten privaten Arbeitsanstalt zur Arbeit angehalten werden können. Und das bis auf ein Jahr und länger.

Wenn der Referent, der Oberbürgermeister der bürgerlichen Stadt Königsberg, Herr Körte, und der Regierungsvertreter Unterstaatssekretär Holz, diese Vorlage damit begründete, daß das soziale Gefühl innerhalb der Familie gestärkt werden müsse (durch die Begreifung der Eltern von den Kindern zur Fabrikarbeit?), daß mißbräuchliche Ausbeutung der Armenpflege vermieden werden soll, daß das Gesetz nicht übermäßig oft angewendet werden würde, daß es (durch Drohung) vorbeugend wirken werde — so täuscht das alles nicht über die fatale Nehmlichkeit mit der Fürsorgeerziehung hinweg und läßt das alles nicht darüber hinwegsehen, daß hier preussische Verwaltungsbehörden über eine Art strafrechtlicher Freiheitsentziehung, also über einen Gegenstand des Reichsrechts entscheiden sollen.

Es muß anerkannt werden, daß Oberbürgermeister Kirchner-Berlin diese scharfen Züge in dem sich wohlwollend gebenden Anstich des Gesetzes entdeckte und scharf die Zuständigkeit des Reichstags betonte. Aber im Herrenhaus hat der preussische Junkerparlamentarismus einen seiner Schlupfwinkel, da verlangen solche Argumente verzeuelt wenig. Wie übrigens Herr Kirchner dazu kommt, die 5000 Elenden, die allnächtllich das Berliner Obdachlosenschlaf auffuchen, die glücklich sind, da eingelassen zu werden, als größtenteils arbeitsscheu zu bezeichnen, wird er gelegentlich vielleicht zu erläutern die Güte haben, wenn auch die Immunität ein Zurückenschaftsziehen darüber ausschließt. Dagegen muß Herr Kirchner unbedingt zugestimmt werden, wenn er die Verfügung über die Freiheit eines Menschen nicht der Verwaltung, nur der Justiz überantwortet sehen will.

Das Gesetz wurde schließlich angenommen, jedoch mit der vom Landeshauptmann v. Dziembowski-Rosen beantragten selbstverständlichen Einschränkung, daß bei nur vorübergehender Unterstützungspflichtigkeit, bei Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit des Unterstützungspflichtigen, oder wenn er doch wenigstens entsprechend dem Grade seiner Erwerbsfähigkeit seine Unterhaltspflicht zu erfüllen strebt, die Zwangsarbeit nicht eintreten kann.

Die Unterhaltspflicht für Kinder soll bis zu ihrem vollendeten 16. Jahre bestehen, auch Kinder, die ihre Eltern trotz deren Bedürftigkeit und öffentlicher Unterstützung nichts geben, sollen unter das Gesetz fallen, mögen Oberbürgermeister Dr. Vender-Breslau einige nicht unberechtigte Bedenken äußerte.

Ueber das Gesetz wird ja ausführlicher zu sprechen sein, sobald es in das Dreiklassenhaus kommt.

Die übrige Tagesordnung war gleichgültig: Aenderung von Gerichtsprängeln. Nur bei der Vorlage über die Vertretung der Berliner israelitischen Synagogengemeinde sprach — Graf Oppersdorf eine Lauge für die angeblich bedrohten Jüdisch-Orthodoxen, mit dem Erfolge, daß die Vorlage erst einer Kommission zugewiesen wurde. Will der Herr Graf etwa ein jüdisches Zentrum gründen?

Neue Bauernfreunde!

Der Brandenburgische Provinziallandtag hatte sich am 4. März mit einer Vorlage zu beschäftigen, die der Förderung der bäuerlichen Beschäftigung dienen sollte. Es hat sich eine Gesellschaft „Eigene Scholle“ unter Beteiligung zahlreicher Kreis- und Stadtschöffen sowie privater Gesellschaften gebildet, die die Vermehrung der Bauernstellen, Ansiedelung von Arbeitern und Befestigung des bäuerlichen Besitzes betreibt. An dieser Gesellschaft sollte sich die Provinz mit 2 Millionen Stammeinlage beteiligen. Im ersten

Geschäftsjahre kaufte die Gesellschaft 6 Ritter- und 6 Bauerngüter an, zwei dieser Güter sind bereits aufgeteilt und 26 Bauernstellen neu geschaffen worden. Das finanzielle Resultat ergab die Ausschüttung einer vierprozentigen Dividende auf das nicht zinsfrei eingezahlte Kapital. Der Staat verzichtete auf eine Verzinsung seiner Einlage. Das will nun die Provinz nicht, sondern im Verhältnis an den etwaigen Gewinnen partizipieren. Die Vorlage fand zwar eine Majorität, die aber charakteristischerweise nicht den Avariern, sondern den als landwirtschaftsfeindlich verschrieenen Städten zu verdanken war. Deren Abgeordnete traten energisch für die Schaffung von Bauerngütern ein, während der Vorsitz der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer v. Buch-Carmzow, nach einem Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ meinte, daß es nicht als Glück anzusehen sei, wenn die großen Rittergüter aufgeteilt würden. Kollektive seien bei der jetzigen Lage die Bauerngüterbesitzer, deren Güter von jüdischen Güterschleppern ausgeschlachtet würden. Man solle auch nicht glauben, daß man mit der Vorlage Landarbeiter schaffen werde. Die Bauern, die sich angesiedelt haben, wollten keine Landarbeiter sein, sondern setzen sich aufs Rad und fahren in die Stadt.

Wenn man die Schreiorgarrier des Bundes der Landwirte hört, dann verzehren sie sich in der Sorge um das Wohl des kleinen Bauern. All ihr Streben ist angeblich auf die Förderung und Erhaltung dieser Existenz gerichtet. Wie es mit der Liebe zu den kleinen Besitzern in Wahrheit bestellt ist, dafür liefern die Vorgänge auf dem Brandenburgischen Provinziallandtag einen bemerkenswerten Beitrag.

Ebenfalls aber wird die Aufmerksamkeit auf die entgegengekehrte Bewegung — die Vergrößerung des gebundenen Besitzes — gerichtet! Entgegen den Behauptungen im Reichstage, und trotz der Verpöbelung riesiger Summen für Parzellierungsarbeiten, ist in den letzten Jahren die Zahl der Fideikommiss als auch die von diesen beherrschte Gesamtfläche gewachsen. Die königliche An siedelungskommission für Westpreußen und Posen allein hat von 1886 bis 1900 insgesamt 1167 Güter mit einem Areal von 370561 Hektar zu einem Gesamtprice von 350 174 628 M. erworben. Aber die Latifundienentwicklung kam dabei nicht zum Stillstand. Für Preußen gibt darüber die nachfolgende Aufstellung ein Bild (Flächen in 1000 Hektar):

Jahr	Fläche der Fideikommiss überhaupt	In Prozent des Staatsgebietes	Waldfläche der Fideikommiss überhaupt	In Prozent der Waldfläche des Staates
1895	2102,0	6,0	972,8	2,8
1900	2177,2	6,2	1000,0	2,9
1905	2349,6	6,5	1041,5	3,0
1906	2290,3	6,5	1058,5	3,0
1907	2300,3	6,6	1066,5	3,1
1908	2348,1	6,7	1100,9	3,2
1909	2352,7	6,75	1102,2	3,2

Die Fideikommissfläche wächst beständig, seit 1895 um 250 700 Hektar, d. h. um eine Fläche, die Rehtausende selbständige Kleinwirtschaften erlaubt. Der Waldbestand der Fideikommiss ist seit 1895 um 129 900 Hektar größer geworden!

Aus dem Bundesrat.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Besoldungs- und Pensionsstatuts der Reichsbahnbeamten auf das Jahr 1912 den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Festsetzung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1911 die Zustimmung erteilt.

Landtagsergebnisse in Posen.

Bei der heutigen Landtagsergebnisse für den jetzigen Oberregierungsrat v. Lähn in Königsberg im zweiten Posener Wahlbezirk (Posen-Ost, Posen-West, Dobornik) wurden insgesamt 480 Stimmen abgegeben. Davon fielen auf Rittergutsbesitzer Rittmeister v. Tempelhoff-Dombrowski (L) 260 Stimmen, auf Stefan Wendlewski-Parkowo (Pole) 229 Stimmen. 16 Stimmen waren gesplittet. v. Tempelhoff ist somit gewählt.

Wie Herr Georg Czerl Reichstagsabgeordneter wurde.

Gegen die Wahl des in Bries-Kamslau mit nur 388 Stimmen Mehrheit gewählten Abgeordneten Dr. Czerl ist sowohl von sozialdemokratischer als von liberaler Seite Protest eingelegt worden. Aus der Begründung des von den Sozialdemokraten eingelegten Protestes seien hier nur die wichtigsten Punkte hervorgehoben:

Der amtliche Apparat arbeitete in der schlimmsten Weise für die Kandidatur des Herrn Czerl. Terrorismus und Boykott wurden von den Avariern rücksichtslos angewandt, so daß selbst der freikonserervative Sonderkandidat Baron v. Gendish-Kurzbad seine Flugblätter und sonstigen Drucksachen in Brieslau herstellen lassen mußte, weil sich im ganzen Wahlkreis kein Drucker dafür fand. Die ersten öffentlichen Versuche gegen das Wahlreglement begannen schon bei dem Auslegen der amtlichen Wählerliste. Hier zählt der Protest eine ganze Reihe Verfehlungen auf. So wurde in zwei Orten des Wahlkreises Bries das Auslegen der Wählerliste gar nicht öffentlich bekanntgemacht. Zum Abschreiben der Wählerlisten wurde in fast allen Orten die Einsicht verweigert und trotz sofortiger Beschwerde beim Landrat konnte nur in elf Orten eine Abschrift der Wählerliste erlangt werden. Zum Teil wurde das Abschreibenslassen ausdrücklich verweigert, teils waren die Ortsgewaltigen zufällig verreist oder sie waren auf der Jagd. In Altkstadt war die Liste, während der Zeit, wo sie öffentlich ausliegen sollte, auf drei Tage an eine Nachbargemeinde ausgeliehen worden. Die Ortsgewaltigen Briesen, Limburg und Tröbeln trugen noch Anfang Januar zugezogene Anträge in die Wählerliste ein. In Butschkau durften vier Arbeiter nicht wählen, weil ihr Alter nicht mit dem in der Liste eingetragenen übereinstimmte, dagegen wurden vier Dominialarbeiter unter den gleichen Umständen zur Wahl zugelassen. Derselbe Wahlvorsteher rechnete zwei Stimmen für Czerl als gültig, obwohl sich in den amtlichen Wahlbüchern neben den Stimmzetteln für Czerl auch noch je ein konservativer Wahlaufruf befand.

In zahlreichen Orten haben Amts- und Gemeindevorsteher in ihrer amtlichen Eigenschaft konservativ Flugblätter und Stimmzettel verteilt. Der Oberamtmann von Rahabel ließ alle gemieteten Flugblätter und Stimmzettel aus den Wohnungen der Dorfbewohner abholen. Der Schullehrer von Droschlau beauftragte seine Schulkinder, das dem Vater übergebene sozialdemokratische Agitationsmaterial mit in die Schule zu bringen, worauf er es vernichtete. Ein Gutsinspektor aus dem Brieser Kreise gab jeden Arbeiter bei Ausübung des konservativen Stimmzettels 50 Pf. mit der Anweisung, nur diesen Zettel abzugeben. Mit sofortiger Entlassung drohte ein anderer Gutsinspektor alle die ihm unterstellten Arbeiter, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Ein Amtsdorfschreiber aus dem Kreise Kamslau ließ unter den Wählern seines Dorfes eine Liste zirkulieren, worauf sich diese unterschreiben mußten, nur konservativ zu wählen.

Jeder, der die Unterschrift leistete, erhielt 20 Pf. für Schnaps. Nur ein einziger Arbeiter verweigerte die Unterschrift. In unseren Dörfern trugen sogar die Gemeindevorsteher die Stimmzettel für Czerl selbst den Wählern ins Haus oder forderten diese auf, sich konservativ Stimmzettel aus dem Amtsbüro abzuholen.

In einem Ort desselben Kreises wurde eine besonders künstlich konstruierte Wahlurne benutzt, in der sich ein von außen nicht sichtbarer Einbau in der Größe der amtlichen Wahlkuberts befand, so daß diese sich genau aufeinander schloßen mußten. In vielen amtlichen Wahllokalen lagen Stimmzettel für Czerl aus. Aus anderen amtlichen Wahllokalen wurden die Kontrollen der sozialdemokratischen Partei hinausgewiesen. An der Stimmentauschung in Strehlitz, Kreis Kamslau, beteiligte sich ein 23jähriger aktiver Ulanen-Unteroffizier in Uniform.

Viele Gemeindevorsteher waren anfänglich Anhänger der freikonservativen Sonderkandidatur; sie belamen jedoch von oben einen Wind und schwankten dann für Czerl ein. Vielleicht untersuchte das Landratsamt einmal die Gründe.

In dieser ungeheuren Fülle von Material kommen noch die mannigfachen Einschüerungen und Verbote von Wählerbeschlüssen und der direkt oder indirekt angeordnete Boykott aller derjenigen, die den Junkern nicht zu Willen waren. So wurden allein in Stobetzau vier Versammlungen unter freiem Himmel mit den nichtsjugendlichen Gründen verboten. In Gülchen durfte sogar eine Versammlung nicht stattfinden, weil der Einberufer dem Ueberwachenden nicht persönlich bekannt war.

Unterzieht die Wahlprüfungskommission die direkten und indirekten Verstöße gegen das Wahlreglement einer richtigen Prüfung, dann reichen diese allein schon, ganz abgesehen von der Androhung des Boykotts durch die Avariern, aus, um den Befürworter der Prügelstrafe wieder aus dem Reichstage hinaus zu bugstieren. Wie sehr der agrarische Boykott von den Geschäftleuten in dem vorwiegend landwirtschaftlichen Kreise Kamslau gefürchtet wurde, beweist, daß der Verein der Gewerbetreibenden in der Stadt Kamslau wenige Tage nach der Wahl geschlossen dem Bunde der Landwirte beitrug.

Das neue Kavallerie Regiment in Bayern.

Das angeblich „parteilose“ Kavallerie Regiment in Bayern beginnt bereits seinen vom Freiherrn von Hertling angeführten Kampf gegen jene Bestrebungen, die die staatliche Ordnung zu erschüttern drohen“. Der neue bayerische Minister des Innern, Freiherr v. Soden, hat dem zum Bürgermeister von Weisenberg gewählten Sozialdemokraten Hirsch kurzweg die Bestätigung verweigert.

Die Halberstädter Volksschullehrer und Gemeindeverwaltung.

Die Volksschullehrer in Halberstadt sind mit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in Differenzen geraten. Die Lehrer bemühen sich schon seit geraumer Zeit, die im Lehrerbefolgungsgesetz vorgesehenen Ortszulagen zu erlangen. Magistrat und Stadtverordnete lehnten aber sowohl in verflochtenen, als auch in diesem Jahre die dahingehenden Anträge der Lehrerschaft ab. Während im vorigen Jahre in der Hauptsache die ungünstige Finanzlage der Stadt für die Ablehnung ausschlaggebend war, erfolgte sie in diesem Jahre, um die Lehrer zu bestrafen. Diese hatten sich nach der ersten Ablehnung ihrer Wünsche mit einer Eingabe an die Regierung gewandt und darin die Bitte ausgesprochen, die Regierung möge auf die Stadt einwirken, daß diese die Ortszulagen gewähre. Wegen dieser Eingabe wurden nun jetzt die Ortszulagen abgelehnt, nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten und ein Lehrer stimmten dafür. In der Lehrerschaft herrscht über die Ablehnung große Empörung, die bereits zur Abhaltung einer Versammlung und im weiteren Verlauf zur Verfassungskündigung einer Erklärung geführt hat, in der die Ablehnungsgünde als verlegend für die Lehrer bezeichnet werden.

Die Hehe gegen die Modernisten.

Der Antimodernisteneid genügt der römischen Kurie noch nicht, um die Modernisten zu fangen. Nach einem neuen Erlaß der Konfiskationskongregation werden alle Bischöfe angewiesen, in ihren regelmäßigen Berichten an die Kurie eingehend alle Äußerungen modernistischen Geistes in ihren Diözesen mitzuteilen. Bisher geschah das nur von drei bis vier Jahren.

Die Heine Strafgeschnovelle.

Zwischen sämtlichen Parteien des Reichstags ist ein Uebereinkommen getroffen worden, die Heine Strafgeschnovelle, die der vorige Reichstag nicht mehr erledigen konnte, in der Form eines Antrages aller Parteien im Reichstage einzubringen, um diesen Antrag schleunigst zu verabschieden. Die Regierung hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie dem Antrage zustimmen wird. Es handelt sich um die Bestimmungen über Hausfriedensbruch, Diebstahl aus Not und einige andere Milderungen. Selbstverständlich bleibt aus dem Antrage die schärfere Bestrafung der Verleumdung (Rez Wagner) weg.

Oesterreich.

Ein Attentat auf das Koalitionsrecht.

Aus Wien wird uns vom 6. März geschrieben: Eine Gewalttat, wie sie schamlos nicht eronnen werden kann, haben die Wiener Christlichsozialen gegen die Arbeiter verübt: sie haben nicht weniger getan, als ihnen mit einem Federstrich das Koalitionsrecht geraubt. Man würde nicht glauben, daß in unserer Zeit derlei noch möglich wäre, am wenigsten möglich von einer Gemeinde, die sich der ganzen Welt als die Vorkämpferin eines rühmlichen Municipalsozialismus vorstellte. Der Gewaltakt richtete sich gegen die Straßenbahner, gegen die Bediensteten der Wiener Straßenbahnen, die im Besitz der Gemeinde sind. Bis vor einigen Jahren waren die Straßenbahner die zuverlässigste Garde der Christlichsozialen, stimmten für sie und demonstrierten für sie, und gehörten jener Christlichsozialen Arbeiterorganisation an, deren Führer der Gemeinderat Kunschak ist, den die letzten Wahlen des Abgeordnetenmandats entkleidet haben. In diesen traurigen Verhältnissen — denn es war traurig, daß die Gemeindearbeiter im Lager ihrer Ausbeuter standen — ist nun in den letzten Jahren eine erfreuliche Wandlung eingetreten: wie alle übrigen Arbeiter der Gemeinde, wendeten auch die Straßenbahner der Christlichsozialen Scheinorganisation den Rücken und gründeten einen Haderverein der Gemeindebediensteten Wiens, der sich, nachdem er die ersten Fährlichkeiten überwunden hatte, zu einem Reichsverein der Gemeindebediensteten um- und ausgestaltet hat und sich auch sein eigenes Organ, den tapfer geschriebenen „Bedru“, kaufte. Am Sonnabend wurde nun gegen diese Organisation der Gemeindearbeiter der Gewaltstreik verübt: der Direktor der städtischen Straßenbahnen verlaunbar nämlich folgenden Erlaß, der an die Verfügungen der russischen Autokratengierung erinnert:

Direktionsverfügung.

Es wird hiemit allen Angehörigen der Gemeinde Wien-Städtische Straßenbahnen verboten, dem Reichs-

verein der in Gemeinde- und öffentlichen Bedienten bediensteten Arbeiter Oesterreichs (ehemals Zentralfachorganisation sämtlicher Gemeindebediensteten) als Mitglied anzugehören oder für denselben tätig zu sein.

Ebenso wird das Auslegen und Lesen der Zeitschrift „Der Bedru“ im Dienste und in den Diensträumen der städtischen Straßenbahnen und auch außerhalb des Dienstes verboten. Die Nichtbeachtung dieses Verbots wird als Dienstvergehen im Sinne der Dienstordnung geahndet. Wien, am 1. März 1912.

Spangler, Direktor.

Daß der Erlaß alle Merkmale der Nötigung an sich trägt, sei nur nebenbei bemerkt, denn daß die Ausbeuter in der Mißachtung der Gesetze sehr weit gehen können, ehe sie an die staatliche Autorität stoßen, weiß man aus der Erfahrung allerorten. Der Erlaß ist aber auch ein Einbruch in die Berechtigungen des Gemeinderats, denn die Feststellung der Dienstordnung geschieht von der Gemeindevertretung, und es ist auch ein Uebergriff des Straßenbahndirektors gegenüber dem Gemeinderat, wenn er die Dienstordnung in einer Weise zu erweitern und auszulagern unternimmt, die im Grunde der Aufstellung neuer Dienstvorschriften gleichkommt. Dabei muß man sich noch in Erinnerung rufen, daß den letzten Streik der Wiener Straßenbahner kein anderer als der Bürgermeister Queger selbst hervorgerufen hat: um durch ihn einen Druck auf das damalige Privatunternehmen zu gewinnen. . . . Der freche Gewaltstreik hat unter den Straßenbahnern die größte Erregung hervorgerufen, und die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Antwort auf ihn, wenn er von dem gemeinderätlichen Ausschuss nicht zurückgenommen wird, ein Streik der Straßenbahner und in weiterer Folge ein Streik in allen Wiener Gemeindebetrieben sein wird. Selten noch hat sich der düffelhafte Uebermut, die freche Gewissenlosigkeit und der ungezügelte Arbeiterhaß so herrlich offenbart wie in diesem Bergewaltigungstreik der Wiener klerikalen Gemeindegewaltigen. Er wird ihnen in den kommenden Gemeinderatswahlen gründlich vergolten werden.

England.

Das parlamentarische Arbeitsprogramm.

London, 7. März. (Unterhaus.) Premierminister Asquith kündigte an, daß die Home Rule Bill wegen der parlamentarischen Geschäftsfrage nicht vor Ostern eingebracht werden könne. (Irischer Beifall bei der Opposition.) Das Budget in dessen werde wahrscheinlich am 2. April eingebracht werden, und er hoffe ferner, daß es möglich sein werde, den Gesetzentwurf betreffend die Entkatholizierung der Kirche in Wales vor Ostern einzubringen.

Aus der Partei.

Die Bremer Resolution. Genosse Pannekoek schreibt und: Werte Genossen!

In der Nummer vom 6. März haben Sie der Mitteilung der in Bremen angenommenen Resolution eine Bemerkung angehängt, die ich, der ich die Resolution aufgestellt und vorgeschlagen habe, als völlig unzutreffend bezeichnen muß. Wenn Sie in dem Satz über den Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens eine Auffassung zu sehen glauben, die sich der antiparlamentarischen Denkweise nähert, so kann dieser Eindruck nur aus einer fälschlichen Deutung des betreffenden Satzes entstanden sein. Sogar, wenn darin stünde, daß die parlamentarische Aktion zu diesem Ziele, der Erweiterung unserer politischen Rechte, nutzlos wäre, so läge darin noch keine Spur Antiparlamentarismus, da doch die parlamentarische Aktion in dem Gebrauch, in der Ausübung der wie auch erworbenen politischen Rechte für den proletarischen Klassenkampf besteht. Aber auch das steht nicht darin; denn ich bin, genau so wie Sie, der Ueberzeugung, daß die Aktion im Parlament mit der außerparlamentarischen Massenaktion Hand in Hand gehen muß und darin, in dieser Verbindung, ihren größten Wert bekommt. Der Satz spricht von dem Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens, der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann. Er behauptet also, daß ein erfolgreicher Ausgang dieses Kampfes nicht im Parlament, sondern nur durch die Aktion der Massen herbeigeführt werden kann. Wer will etwa behaupten, daß der preussische Wahlrechtskampf im Parlament zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann?

In unserer Betonung der Notwendigkeit von Massenaktionen zur Erringung der Demokratie wird also nichts anderes gesagt, als was von der Parteiführung anerkannt und im preussischen Wahlrechtskampf praktisch angewandt wurde. Wenn die in der Bremer Resolution ausgedrückte Auffassung sich der antiparlamentarischen Denkweise nähert, so ist die ganze Partei, als sie zur Waffe der Straßendemonstrationen für das preussische Wahlrecht griff, derselben antiparlamentarischen Denkweise zum Opfer gefallen. Eine Entschuldig der Resolution, daß sie nicht wörtlich zu nehmen sei, ist also überflüssig; sie soll genau beim Worte genommen werden.

Wir wollen mit Genossen Pannekoek über Worte nicht streiten und konstatieren, daß er sich unserer Auffassung anschließt.

Parteiliteratur.

Soeben ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts (Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, erschienen das Taschenbuch der Reichstagswahlen. Das Werkchen hat folgenden Inhalt: 1. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1912 nebst Vergleichsziffern der Reichstagswahlen von 1903 und 1907. 2. Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten und Provinzen. 3. Stimmzahlen bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912. 4. Stärke der Fraktionen nach den Haupt- und Stichwahlen. 5. Angabe, wieviel Prozent der Stimmen die Parteien bei den Hauptwahlen erhalten haben. 6. Ergebnisse der Reichstagswahlen nach dem Proportionalwahlrecht. 7. Die Verteilung der Parteien im Reichstage 1912. 8. Aus der Geschäftsordnung des Reichstages. 9. Porträts und Biographien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1912. — Das gut ausgestattete Werkchen kostet 80 Pfennige.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung des Soldatenstandes hatte das Generalkommando in Münster gegen unseren Genossen Dutzau von der „Freien Presse“ in Eibersfeld Strafantrag gestellt. Die Verleumdung wurde erklidet in einer im November v. J. erschienenen Nummer der „Freien Presse“, in der gesagt wurde, der Führer Müller vom 9. Infanterieregiment in Düsseldorf habe infolge Schikanierung durch ältere Mannschaften einen Selbstmordversuch gemacht. Der als Zeuge vernommene Führer Müller behauptete, daß er ernstlich die Absicht gehabt habe, sich das Leben zu nehmen, da er viel schwereren Dienst, als seine Kameraden, die ihn links hätten liegen lassen, gehabt habe. Hauptmann Chemnitz behauptete dagegen, er (Zeuge) habe den Eindruck gehabt, daß M. den Selbstmord nur fingiert habe, um wegen eines fehlerhaften Daumens frei zu kommen. Das Schöffengericht Eibersfeld hielt einen ernsthaften Selbstmordversuch infolge Schikanierung oder Schikanierung nicht für vorliegend und verurteilte den Genossen Dutzau zu 100 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Der Generalstreik der Bergarbeiter.

London, 6. März 1912. (Fig. Ber.)

Die Situation ist praktisch noch dieselbe wie letzten Freitag, als die Verhandlungen zum Stillstand kamen. Die Kohlenbesitzer weigern sich nach wie vor, den von den Bergarbeitern verlangten individuellen Minimallohn anzuerkennen. Daß die Unternehmer Englands und Nordvolks die Vorschläge der Regierung unter gewissen Bedingungen angenommen haben, ändert an der Sachlage nichts. Auch wenn alle Kohlenbesitzer die Regierungsvorschläge annehmen, würde dies die Situation wenig oder gar nicht beeinflussen. Die Bergarbeiter können von ihrer Minimallohnliste nicht ablassen, ohne das zu gefährden, was sie in jahrelangen Kämpfen errungen haben: die allgemeinen Distriktslöhne. Ist die Regierung klug, so wird sie versuchen, eine wenig anstößige Form zu finden, die den Kohlenbesitzern den Rückzug gestattet. Natürlich fehlt es bei der Stodung der Verhandlungen nicht an Gerüchten über die Absichten der beteiligten Parteien. Die Regierung soll den Industrieminister beauftragt haben, eine Lösung der Streitfrage zu finden. Der Industrieminister wurde vor einigen Monaten gegründet, um in wirtschaftlichen Kämpfen die streitenden Parteien zusammenzubringen. Bei seiner Gründung (bald nach dem Eisenbahnerstreik) wurde hier schon darauf hingewiesen, daß der Zweck dieser neuen Einrichtung wahrscheinlich der sei, in den damals drohenden Generalstreik der Bergarbeiter einzugreifen. Der Industrieminister, der aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter besteht, hat während der letzten Tage mehrere Sitzungen abgehalten, in denen der Bergarbeiterstreik besprochen worden ist. Die beiden Bergarbeitervertreter, die ihm angehören (Hurt und Ashton), wohnen in diesen Sitzungen jedoch nicht bei. Unter diesen Umständen ist es schwer, einzusehen, wie der Industrieminister zu einem vernünftigen Ergebnis über die Angelegenheit der von den Bergarbeitern verlangten Minimallohnliste kommen kann.

Den Eisenbahnern und Transportarbeitern haben die Bergarbeiter zu versichern gegeben, daß sie im Augenblick eine Einmischung dieser Berufe nicht wünschen. Sie wollen den Kampf frei von allen Verwickelungen halten.

Die ersten Folgen, die der Generalstreik für die Industrien des Landes gebracht hat, machen sich von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Die Schifffahrt leidet besonders schwer. Selbst transatlantische Dampfer müssen den Verkehr einstellen. Die Eisenbahnen lassen nur zwei Drittel oder die Hälfte der gewöhnlichen Züge fahren. Viele Stationen sind ganz geschlossen worden. An Londoner Stationen finden abends, wenn die Angestellten von der City nach Hause fahren, regelrechte Kämpfe um die Sitze statt. Es ist nichts Seltenes, daß 18 bis 20 Personen in einem Abteil fahren. Auf einigen Linien laufen weniger Züge als zur Zeit des Eisenbahnerstreiks. Die Einschränkung des Zugverkehrs hat auch dem Theaterbesuch Abbruch getan. Einige Theaterbesitzer sollen beschlossen haben, in einigen Tagen zu schließen. Die Presse erhebt ein großes Geschrei über die Not, die besonders die armeren Volksschichten wegen des Mangels an Kohle zu ertragen hätten. Einzelne Philantropen haben sich schon angeboten, arme Familien mit Kohlen zu beschenken. Die Kohlennot ist jedoch nicht so groß, wie geschätzt wird. Seit dem Anfang des Streiks haben wir in Südengland wenigstens täglich warmes und manchmal prächtiges Frühlingswetter, bei dem man es wohl ohne Feuer aushalten kann. In einzelnen Industrien, wo die Kohle eines der Hauptmaterialien bildet, sehen die Dinge für die Arbeiterschaft jedoch schon sehr kritisch aus. Hunderttausende sind schon entlassen worden und weitere Hunderttausende werden am Ende der Woche folgen, wenn nicht inzwischen Ausichten auf eine baldige Beendigung des Streiks entstehen. Viele Unternehmer schließen einzelne ihrer Betriebe nicht aus Mangel an Kohle, sondern aus Furcht vor der langen Dauer des Generalstreiks. Einige Gewerkschaften fühlen die große Arbeitslosigkeit schon sehr. Die Eisenbahner, die schwer getroffen worden sind, zahlen 15 Schilling die Woche als Arbeitslosenunterstützung. Unter den Mitgliedern, die jetzt diese Unterstützung beziehen, befinden sich viele, die erst der letzte Kampf in die Organisation gebracht hat und die erst sehr wenige Beiträge entrichtet haben. Die Stahl- und Blecharbeiter rechnen unter normalen Verhältnissen mit einer wöchentlichen Ausgabe von 800 Pfund Sterling für Arbeitslosenunterstützung. Im Augenblick beträgt dieser Posten schon 7000 Pfund Sterling. Ähnlich liegen die Dinge bei der großen Gewerkschaft der Maschinenbauer. Die Organisation, die 122 000 Mitglieder besitzt, zahlt heute 3000 Pfund Sterling an Arbeitslosenunterstützung, anstatt der 1000 Pfund Sterling, die sonst für diesen Zweck wöchentlich ausgegeben werden. Sehr empfindlich berührt werden auch die Textilarbeiter Lancashire, deren Löhne erst kürzlich während der Aussperrung stark in Anspruch genommen wurden.

Die aufsehenerregenden Vorfälle der letzten Tage, wie die Drohungen und der Fensterscheibenkrieg der Suffragettes und der Ausfall der Radfahrer in Manchester, haben die Aufmerksamkeit des Publikums nicht von dem Generalstreik der Bergarbeiter abzulenken vermocht. Aber während man in den ersten Tagen auf Mittel und Wege sann, um dem Streik ein Ende zu machen, wartet man jetzt resigniert auf eine glückliche Wendung der Dinge und hofft, daß die Regierung einen Plan in der Tasche hat. Manche hegen jedoch den schwarzen Verdacht, daß die Regierung selbst nicht weiß, was sie anfangen soll.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!

Sammelstätten für die ausgesperrten Porzellanarbeiter sind im Bureau Charitéstr. 3, Zimmer 2a, zu haben. Wir ersuchen, recht rge zu sammeln, damit wir zu unserem Teil dazu beitragen, daß der Plan der Arbeitgeber nicht gelingt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Löhner! Da bei der Firma Martin Fischer, Kummelsburg, Simonsstr. 21, Differenzen bestehen wegen Nichtverglasung der Fenster, ist diese vorläufig zu meiden. In Frage kommt der Bau Jochiner Str. 7, Berlin, Vahner S. Pohl, Dachdeckungsgeschäft, Kummelsburg, Wühlschtr. 40/41.

Die Verhandlungen mit der Firma Schwaben noch; es ist möglich, daß die Differenzen bald erledigt werden.

Die Verbandsleitung.

Die Angestellten der Privatbadeanstalten in Groß-Berlin, welche dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Sektion angeschlossen sind, haben im vorigen Jahre nach langwierigen Verhandlungen einen neuen Tarif abgeschlossen, der ihnen einige nennenswerte Fortschritte brachte. Auf Antrag der Angestellten wurde diesen vom Eingangsamt des Berliner Gewerbegerichts in seinem Schiedspruch am 20. September v. J. auch die Aenderung des verfehlten Entlohnungssystems zugesprochen; die jetzt ausschließlich durch die Bedienung, und Trinkgelder der Gäste erfolgende Bezahlung der Angestellten muß vom 1. Oktober 1912 ab durch Stück- oder Zeitlohn von seiten der Badeanstaltsbesitzer erfolgen. Ferner wurde auf Errichtung eines paritätischen Stellennachweises erkannt. Diese tariflichen Errungenschaften haben offenbar bei einer Anzahl von Unternehmern stark verschmüpft. Dafür spricht die Tatsache, daß man vor kurzem den Sektionsvorsitzenden K. H. in die Wüste geschickt hat, der anscheinend durch sein Betantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.

pflichtgemäßes Eintreten für die Kollegen während der Tarifverhandlungen allen Groll auf sich geladen hat. Am 11. Februar entließ ihn plötzlich der Besitzer des „Samariterbad“ in der Frankfurter Allee 82, und zwar „wegen Mangel an Beschäftigung“. Wurde dieser „Grund“ schon durch sofortige Neueinstellung eines anderen Badeleiters hinfällig, so trat die bewußte Maßregelung dadurch klar zu Tage, daß der Herr Anstaltsbesitzer einem Badegäste gegenüber sein Herz ausschüttete. Er hätte — so bekannte diese schöne Seele — den Badeanstalten ja überhaupt nicht eingestellt, wenn ihm nicht bekannt gewesen wäre, daß dieser einen größeren Teil Badefundschäft mitbringen würde. Seitdem habe er aber wiederholt Vorhaltungen anderer Badeanstaltsbesitzer zu hören bekommen, welche sagten, jeden anderen hätte er einstellen sollen, nur K. H. nicht. So konnte der Mohr also gehen, nachdem er seine Schuldigkeit getan und dem „Samariterbad“ neue Badegäste zugeführt hatte. Dazu war insbesondere schon deshalb höchste Zeit, als dieser nicht bloß theoretisch, sondern praktisch zu dem Grundsatze hielt, daß ein Tarif dazu da ist, um in seinen Einzelheiten durchgeführt zu werden. Technisch ging es dem Badeanstaltsbesitzer wenige Tage später. Als er für ein paar Tage im „Bad Frankfurt“ einen verhinderten Kollegen vertreten wollte, wurde ihm dort am Abend des ersten Tages die Entlassung gegeben, weil er unter den Badegästen dieser Badeanstalt für das — „Samariterbad“ Propaganda gemacht haben sollte, also ausgerechnet für ein Geschäft, das ihn eben so schön hinausgeworfen hätte. Es war selbstverständlich, daß die Berliner Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes gegen diese Maßregelungselbstreue Front machte, welche die Tätigkeit der Schlichtungskommission lahmlegen mußte, wenn deren Arbeitnehmermitglieder wirtschaftlich bankrottiert werden. Sie beantragte sofort eine Sitzung der Schlichtungskommission. In den mehrstündigen Beratungen wurde vom Besitzer des „Samariterbad“ krampfhaft versucht, die oben zitierten Äußerungen als mißverständlichen hinzustellen; es gelang aber nicht. Ebenso mißlang der Versuch, dem Entlassenen Pflückergeheimnisse in der Arbeit anzuhängen. Dagegen brach die mit Entlassung geahndete Anschuldigung im „Bad Frankfurt“ in sich zusammen. Man mußte daher zu folgendem Beschlusse kommen:

„Die Schlichtungskommission erklärt, daß der bei der Entlassung des Badeleiters K. H. vom Badeanstaltsbesitzer K. H. angegebene Entlassungsgrund nicht stichhaltig ist, und tadelt deshalb das Vorgehen des letzteren.“

Im übrigen wurde von Arbeitgeberseite die Erklärung abgegeben, daß man sich bemühen wolle, die baldmöglichste Wiedereinstellung des Entlassenen zu fördern. Am selben Abend fand eine stark besuchte Versammlung der Angestellten im „Englischen Garten“ statt, in welcher über die Vorgänge Bericht erstattet wurde. In der Diskussion kam starke Erregung über die gegen den Vertrauensmann der Organisation unternommene Maßregelung zum Ausdruck. Einstimmig fand nachstehende Resolution Annahme:

„Die zahlreich versammelten Angestellten der Privatbadeanstalten protestieren entschieden gegen die Maßregelung ihres Vorstehenden und Obmannes in der Schlichtungskommission.“

Die Versammelten sehen darin eine schwere Beeinträchtigung der Tarifgemeinschaft im Badegewerbe und der Tätigkeit ihrer Vertreter in der Schlichtungskommission. Sie erwarten, daß derartige Schädigungen des gemeinsamen Zusammenarbeitens für die Zukunft unmöglich sind.“

Ueber die Lohnbewegung der Fleischer in Reußen gab Bergmann in einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Fleischer eine eingehende Darstellung. Es kommen rund 200 Meister mit 400 Gesellen in Frage. Die Innung behauptet in der ihr zugänglichen Presse, was der Zentralverband fordert, das werde bereits gewährt. Aber trotzdem macht die Innung die Meister scharf, den Tarif nicht zu unterschreiben. Man solle sich nicht in die Abhängigkeit vom Zentralverband begeben, wird gelogt. Das ist natürlich nur eine Redensart. Es sind Fälle aus Reußen bekannt, wo erste Gesellen nur 12 M. Lohn bekommen. Wer die Forderungen anerkennt, der hat wirklich keine Ursache, die Unterschrift des Tarifes zu verweigern. Eine Anzahl der Reußen-Meister hat das auch bereits getan, obgleich die Frist zur Erklärung über die Forderungen erst am Freitag, den 8. März, abläuft. Die Innung hat ihren scharfmacherischen Bestrebungen dadurch Nachdruck gegeben, daß sie in ihrer letzten Versammlung beschloß, jeder Meister, der die Forderungen bewilligt, solle 1000 M. Konventionalstrafe an die Innungskasse zahlen. Dieser Beschluß ist natürlich ungesetzlich. Kein Meister, der den Tarif unterschreibt, kann gezwungen werden, die Strafe zu zahlen. Der Zentralverband wird alle erlaubten Mittel anwenden, um die Meister, welche dem falschen Rat der Scharfmacher folgen, zur Anerkennung der Forderungen zu zwingen. Die Fleischergehilfen können hoffen, daß sie die weitgehendste Unterstützung bei ihrer Bewegung finden.

Lebhafter Beifall der ungewöhnlich stark besuchten Versammlung bewies, daß es an der erforderlichen Energie zur Durchführung der Bewegung nicht fehlt.

Bei Beginn der Versammlung besprach Bergmann in einem Referat ausführlich die Absichten der Unternehmer im Fleischergewerbe überhaupt. Er zeigte, wie die Arbeitgeber seit Jahren bemüht sind, den immer mehr erstarkenden Zentralverband zurückzudrängen. Das neueste Mittel zu diesem Zweck ist ein Arbeitgeberverband für Groß-Berlin, dessen Gründung am 14. Februar beschlossen wurde. Es ist die ausgesprochene Absicht dieses Schwerverbandes, Arm in Arm mit dem nationalen Gesellenbunde, die Bestrebungen des Zentralverbandes zu bekämpfen und die Gesellen zufriedener zu machen. Allerdings nicht durch Bewilligung der berechtigten Forderungen sollen die Gesellen zufrieden gemacht werden, sondern dadurch, daß man sie von der modernen Arbeiterbewegung fernhält. Doch die Zeit ist vorbei, wo derartige arbeitserfindliche Bestrebungen Erfolg bringen können. Es wird den Fleischermeistern nicht gelingen, den Zentralverband in seinen Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuhalten. Bemerkenswert ist, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes außer einem Eintrittsgeld von 5 M. einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. pro Geselle zahlen. Eine Ausgabe, die den Meistern nichts einbringt und deshalb wohl in Gestalt erhöhter Fleischpreise dem Publikum aufgebürdet werden wird.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen erstreckt sich die Aussperrung der Porzellanarbeiter auf die Orte Arzberg, Selb, Selb-Bloßberg, Schönwald, Rastendorf, Marktzeuthen, Marktredwitz, Rehau, Tirschenreuth und Kronach in Bayern, während für die Porzellanindustrie in Thüringen in Betracht kommen: Jilmenau, Gotha, Eisenberg, Blankenhain, Stadtilm, Volksthal, Uhlstädt, Klosterveitza, Dornsdorf, Kahla, Raghütte, Burgau, Reulshaus und Hüttengrund. Für Sachsen sind in Ritterschenschaft gezogen: Oberhaindorf, Trautenau, Freiberg, Schedewitz und Margarethenhütte; für Schlesien: Altmasser, Waldenburg und Rieberitzbrunn, während an weiteren Orten noch in Frage kommen: Charlottenburg, Teltow, Kottbus, Lettin und Zell in Baden.

In einer Reihe von Betrieben ist die Produktion so gut wie ganz unterbrochen, was wesentlich dadurch verursacht wurde, daß in einer Reihe von Orten die unorganisierten Arbeiter sich mit den organisierten solidarisch erklärten. Viele größere, sonst sehr leistungsfähige Firmen stellen an ihre Abnehmer das Ersuchen, mit der Erfüllung von Aufträgen wegen der Aussperrung zu warten. Zweifellos werden eine Reihe von Fabrikanten dauernd schwer getroffen, so daß es begrifflich erscheint, wenn einige Unternehmer, die zur Aussperrung verpflichtet waren, es vorgezogen, lieber die Konventionalstrafen an ihre Organisation zu zahlen, als auszusperrten.

Am sichtbarsten aber wird dieser Kampf in der Isolatorenbranche. Die in diesen Artikeln arbeitenden größeren Betriebe in Reulshaus, Dornsdorf, Selb und Margarethenhütte sind vollständig lahmgelegt. Dagegen spricht nicht, daß hier und dort ungelernete Arbeiter an die freigewordenen Plätze gestellt wurden. Hier handelt

es sich um Qualitätsware, für die außerordentlich strenge Abnahmebedingungen gelten. Nichtgelernete und fremde Arbeiter können den Unternehmern wenig oder gar nichts nützen. Und die allgemeine Unterbrechung der Isolatorenfabrikation wird sich in kurzer Zeit nicht allein in der elektrotechnischen Industrie Deutschlands, sondern auch im Ausland, für das Deutschland auf diesem Gebiet der hauptsächlichste Lieferant ist, ungemein stark geltend machen.

Man kann es darum versichern, daß die aussperrenden Unternehmer noch einmal vor dem Beginn der Aussperrung alle Mittel anwenden, um die Arbeiter einzufächeln und auch die Organisierten mankeltüchtig zu machen. So wurden denn über den Vorstehenden des Porzellanarbeiterverbandes allerlei Schwindeleien in die Welt gesetzt. Die Behörden wurden um militärischen und polizeilichen Schutz angegangen. Diesem Drängen der Unternehmer wurde nicht allein durch die Vereinhaltung von Soldaten in Leuten, sondern auch durch wesentliche Verstärkungen der Gendarmerieposten in den Aussperrungsorten stattgegeben. Das hatte nun bereits die Folge, daß die Polizeimannschaften, um ihre überflüssige Gegenwart notwendig erscheinen zu lassen, eigenartige Anzeigen gegen Aussperrte erstatteten. So wurde gegen einen Aussperrten in Dornsdorf ein Strafbescheid von 10 M. erlassen, weil er einige Arbeitswilige dadurch belästigt haben sollte, daß er ihnen „froh“ — in s Gesicht sah! Den Arbeitswiligen sind natürlich alle Freiheiten und Rechte eingeräumt.

Dazu kommen dann noch die Christlichen. Entsprechend ihrer inneren Veranlagung haben die Führer des christlichen Keramikerarbeiterverbandes in einer Konferenz in Marktredwitz ihren Mitgliedern empfohlen, als Arbeitswilige sich den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, d. h. sich an dem Kampf nicht zu beteiligen. Begründend wurde für diesen neueren christlichen Streifzug angeführt, daß die „christlichen Führer“ noch nicht wüßten, wer in diesem Streit recht habe: die Unternehmer oder der Porzellanarbeiterverband!

Die Vorfälle all dieser Vorgänge: die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, das Verhalten der Behörden und das Verhalten von Militär und Polizisten, sind die Ursache, daß unter den schuldlos arbeitslos gewordenen Porzellanarbeitern, die zum erstenmal eine derartige allgemeine Aussperrung durchgemacht müssen, eine außerordentlich begeisterte Kampfstimmung herrscht. Bei der an ein bedingungsloses Unterwerfen der Arbeiter nicht zu denken ist. Wenn die vereinigten Fabrikanten glauben, mit ein paar Wochen die Geschichte abgetan und die Arbeiter unterworfen zu haben, so werden sie eine Enttäuschung erleben, die sich auch stark auf den Gang der Porzellanindustrie geltend machen wird.

Zur deutschen Bergarbeiterbewegung.

Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse sollen die meisten der 160 Zechenverwaltungen, an die die Arbeiterausschüsse die Lohnforderungen eingereicht, geantwortet haben. Eine größere Anzahl der Zechen soll Lohnerhöhungen von 5—10 Proz. zugestanden, die anderen Forderungen aber abgelehnt haben. Bis spätestens Montag wird es entschieden sein, ob der Ausstand im Ruhrrevier zur Tat werden soll. Auf den Zechen Königstern und Bruchstraße bestand Mittwoch ebenfalls die Gefahr, daß es zur sofortigen Arbeitswiederlegung kommen würde. Den Vergleuten wurden Lohnabzüge gemacht. Es gelang den Leitern der Bergarbeiterverbände nur mit großer Mühe, einen Teilstreik zu verhindern. Auf Jede Schanzhorst besteht der Streik weiter. Der Angestellte des Bergarbeiterverbandes, Busemann, redete in einer Versammlung vergebens für die Wiederaufnahme der Arbeit; die Versammlung beschloß, den Streik fortzuführen. Die außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter, die am 6. in Essen tagte, erklärte sich gegen die Beteiligung an dem jetzt vom sozialdemokratischen Verband und dessen Nachläufer beabsichtigten Streik. Die Generalversammlung beschloß, die Arbeitersausschüsse aufzufordern, die berechtigten Wünsche der Vergleuten bei den Zechenverwaltungen vorzubringen und für deren Durchführung einzutreten. Von der Behörde verlangte die Versammlung, daß sie energisch für den notwendigen Schutz der nicht streikenden Vergleuten Sorge.

Ausland.

Von der französischen Bergarbeiterbewegung

wird aus Paris berichtet:

Der geschäftsführende Ausschuss der französischen Bergarbeiterföderation ist am 4. und 5. März in Lens versammelt gewesen. Die Beratungen wurden geheim gehalten, der Presse sind keinerlei Mitteilungen zugegangen. Das Komitee halte die ganze nationale und internationale Lage zu prüfen, vor allem die Frage, ob der englische Bergarbeiterstreik eine Wenderung der auf dem Kongress zu Angers festgelegten Taktik notwendig mache. Unter den Vertretern waren Bartuel von Loire, Bertant von Angin, Quertin von Nord und Corbier von Pas de Calais.

Eine Versammlung in der Arbeiterbörse zu St. Etienne beschäftigte sich sehr eingehend mit der Möglichkeit eines Streiks. Mehrere Delegierte des vorher stattgefundenen Kongresses in Angers waren anwesend und sprachen zu der Versammlung. Duranton, der Sekretär der Loire-Föderation, machte den Vorschlag, am 11. März auf 24 Stunden die Arbeit einzustellen und sich vorzubereiten auf einen längeren Streik, der sofort überall ausbrechen müßte, sobald das Signal dazu vom Komitee der nationalen Föderation gegeben würde. Zur Waffe des Streiks müsse gegriffen werden, wenn die Deputiertenkammer die Forderungen der Bergarbeiter ignoriere. Er forderte auf, überall Ordnung und Disziplin zu halten, aber zu gleicher Zeit für alle Eventualitäten bereit zu sein. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Letzte Nachrichten.

Soziale Rückständigkeit.

München, 7. März. Nach der „Frankf. Zig.“ lehnte das Gemeindefolgeium in seiner heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag, 75 000 M. als Beitrag für die Errichtung einer Arbeitslosen-Versicherungskasse zur Verfügung zu stellen, gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und linksliberalen Gemeindevereiner ab.

Das russische Justizverbrechen und die österreichische Kammer.

Wien, 7. März. (B. Z. B.) Am Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der tschechische Sozialdemokrat Reme die Beurteilung der 37 sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma zur Sprache und protestierte dagegen, daß sich der russische Justizminister weigere, eine Wiederaufnahme des Prozesses einzuleiten. Er frage den Präsidenten, ob er diesen Protest zur Kenntnis nehmen wolle. Das Präsidium erklärte sich unter lebhafter Unruhe bei den Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit nicht für kompetent.

Streik böhmischer Bergarbeiter.

Prag, 7. März. (B. Z. B.) Die Belegschaft des Selenschachts von Schallan bei Teplitz ist heute in den Ausstand getreten.

Urteil in dem Nordprozess Czernostok.

Petrifau, 7. März. In dem Nordprozess gegen den Klosterbruder Damianus Macoch und Genossen in Czernostok wurden verurteilt: Damianus Macoch zu 12 Jahren Zwangsarbeit, Helene Macoch zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der einjährigen Untersuchungshaft, Startschewski zu 5 Jahren Zuchthaus, Olesinski zu 2½ Jahren Zuchthaus, Panko zu 4 Monaten Gefängnis, Blafschewski zu 1 Jahr Gefängnis und Ziganowski zu 7 Tagen Arrest. Der Angeklagte Petrowitsch wurde freigesprochen. (Siehe auch „Aus aller Welt“.)

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

22. Sitzung. Donnerstag, den 7. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung

des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Feus (Soz.):

Die Herren auf der Rechten sollten mit ihrer reaktionären Mittelstandspolitik endlich einpadden, nachdem sie in all den Jahren so gar keinen Erfolg erzielt haben. Auf dem Lande fehlt es ihnen offenbar an gutem Willen, sonst hätten sie Gelegenheit genug, Arbeiter und Bauern selbständig zu machen, aber in den Städten fehlt es ihnen einfach an der Fähigkeit. Uebrigens ist es mit der Selbständigkeit des Mittelstandes sehr schlecht bestellt. Seine Abhängigkeit von den Lieferanten und von der Kundschaft ist ebenso groß wie die Abhängigkeit der Angestellten. Die Reizung, dem selbständigen Mittelstand in Zukunft noch anzugehören, wird auch kaum wachsen, seitdem wir angefangen haben, dem neuen Mittelstand der Angestellten durch die Versicherung eine gewisse Sicherheit für die Zukunft zu geben. Trotz der reaktionären Mittelstandspolitik der Rechten

geht die Genossenschaftsbewegung rastlos und unaufhaltsam vorwärts. Durch die Genossenschaften auf dem Lande wird der antikonkurrenzfähige Bauernschädel allmählich reif für den Sozialismus. Auch die Konsumvereine in den Städten machen immer weiter Fortschritte, wie die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft beweist. Das angebliche Streben der Mittelstandsdretter, die Genossenschaften geradezu zu Steuern heranzuziehen, charakterisiert sich bei näherem Zusehen als äußerste Ungerechtigkeit. Zunächst zahlen die Konsumvereine schon heute mehr Steuern als die Kleinhändler. 350 dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossene Genossenschaften haben 1910 insgesamt 779 531 Mark Steuern bezahlt. Nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften zahlen keine Steuern. Nach unserer Auffassung müssen auch die Konsumvereine von einer Besteuerung ihres angeblichen Reingewinns freibleiben, denn was man bei ihnen als Einkommen bezeichnen will, ist gar kein Einkommen, sie hätten es in der Hand, dies „Einkommen“ zu beiseite zu lassen, wenn sie einfach so billig wie möglich verkaufen. Dann wäre eine solche Steuer unmöglich. Die Steuern, die andern auferlegt werden, sind die Konsumvereine natürlich bereit zu tragen.

Eine bessere Mittelstandspolitik als die der Rechten war sicher die, die Herr Kerchensteiner vorgeschlagen hat, möglich. Der von ihm vertretene persönliche Liberalismus kann sehr wohl vereint werden mit unserem Sozialismus. Wir erkennen allerdings, in höherem Maße als er die Notwendigkeit und Macht der Organisation an, die das Individuum gegen Unterdrückung und Ausbeutung allein schützen kann, wie auch Herr Wassermann mit Recht betont hat. Doch wollen wir auch innerhalb der Organisation der Persönlichkeit ihre Rechte gewährleistet sehen. Herr Kerchensteiner wird die Erfahrung gemacht haben, wenn er seine Pläne zu verwirklichen sucht, er nirgends mehr Unterstützung findet als bei den Sozialdemokraten. Voraussetzung für die individuelle Ausbildung, die er fordert, ist freilich eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Verwirklichung der Idee des Achtstundentages. Auch darf Herr Kerchensteiner die Bedeutung der Schule nicht unterschätzen. Wenn er meint, es läme bloß darauf an, ein gutes Stück persönlicher Tüchtigkeit zu erwerben, um in der Welt vorwärts zu kommen, so übersteht er die Macht des Kapitals. Aber das soll uns nicht abhalten, es hoch einzuschätzen, wenn er sich Mühe gibt, diese persönliche Tüchtigkeit auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. Mit Recht hat er die kleinen Unternehmer entabelt, daß sie dem Fortbildungswesen so großen Widerstand entgegensetzten. Freilich liegt auch hier vielfach der Knüttel beim Hunde, die kleinen Unternehmer sind wirtschaftlich oft so schlecht gestellt, daß sie auf die

Kampf zwischen Besizenden und Besizlosen.

Erst auf dem Boden des Sozialismus wird all' das, was Herr Kerchensteiner vorgeschlagen hat, möglich. Der von ihm vertretene persönliche Liberalismus kann sehr wohl vereint werden mit unserem Sozialismus. Wir erkennen allerdings, in höherem Maße als er die Notwendigkeit und Macht der Organisation an, die das Individuum gegen Unterdrückung und Ausbeutung allein schützen kann, wie auch Herr Wassermann mit Recht betont hat. Doch wollen wir auch innerhalb der Organisation der Persönlichkeit ihre Rechte gewährleistet sehen. Herr Kerchensteiner wird die Erfahrung gemacht haben, wenn er seine Pläne zu verwirklichen sucht, er nirgends mehr Unterstützung findet als bei den Sozialdemokraten. Voraussetzung für die individuelle Ausbildung, die er fordert, ist freilich eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Verwirklichung der Idee des Achtstundentages. Auch darf Herr Kerchensteiner die Bedeutung der Schule nicht unterschätzen. Wenn er meint, es läme bloß darauf an, ein gutes Stück persönlicher Tüchtigkeit zu erwerben, um in der Welt vorwärts zu kommen, so übersteht er die Macht des Kapitals. Aber das soll uns nicht abhalten, es hoch einzuschätzen, wenn er sich Mühe gibt, diese persönliche Tüchtigkeit auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. Mit Recht hat er die kleinen Unternehmer entabelt, daß sie dem Fortbildungswesen so großen Widerstand entgegensetzten. Freilich liegt auch hier vielfach der Knüttel beim Hunde, die kleinen Unternehmer sind wirtschaftlich oft so schlecht gestellt, daß sie auf die

Kleines feuilleton.

Das Grubenpferd.

Von Heinrich Rämpchen †.

Ein edles Roß, zu wild und ungebärdig, nam Ilburg des Direktors, ward deshalb zum Grubenpferde degradiert und mußte die Kohlenwagen ziehen im Kohlenkutsch. Das edle Tier, an Licht und Luft gewöhnt vom Sonnenlog, verkümmerte — Sein Fell, sonst weich und glatt, ward zottelig, und wund ihm Kopf und Rücken vom Gestein der Dede, zu niedrig hing für seinen hohen Wuchs. Es mußte ziehen und es zog — die Geißel des Treibers brach den Troh ihm — aber mehr das Dunkel und die Modorluft des Schachtes. Ein Jammerdasein war's dem edlen Roß. Die Schläge stießen hageldicht, sobald der Wagenpark nicht schnell genug vom Schacht zu Schachte flog — ob schuldig oder nicht, des Treibers Jörn zerschleifte ihm den Rücken. Da — wieder traf den armen Kopf der Schlag von roher Faust, wie's ihm so oft geschah — zerrt die Stränge es und stürmt fort, durchs Streckendunkel, sonder Halt und Ziel. War's Wut, Verzweiflung, Freiheitsdrang, wer künden's — doch seiner Qualen Ende war's — man fand es, den Kopf zerschell, in einem Wassertrümpel. Ein Pferd nur, doch ein Grubenpferd, und darum so viele Worte? Hör ich sprechen. Ja, nur ein Pferd — Ihr habt mich nicht verstanden.

China ohne Jopf. China ohne Jopf ist ein seltsamer Anblick und eine schwere Enttäuschung, so meint der englische Journalist William Maxwell, der in einem amüsanten Brief aus Kankin die neue Republik aus der „Jopfperspektive“ betrachtet. Der Chinese, der seine alte malerische Tracht ablegt, sich eine jetzt sehr moderne Tuchhülle aufsetzt und mit freiem Nacken, ohne das baumelnde Anhängsel von früher, daherschreitet, wirkt nach ihm einfach häßlich. Der stärkste Schwärze Ausdruck, den die revolutionäre Bewegung im Süden gefunden hat, offenbart sich in der überraschenden Schnelle und Leichtigkeit, mit der die Söhne des himmlischen Reiches das jahrhundertlang vererbte Zeichen ihrer Würde und ihrer Rasse von sich tun. Während der Jopf bis vor kurzem als das Ehrenzeichen des Chinese galt, als Ausdruck seiner bürger-

Ausbeutung der Lehrlinge

angewiesen sind. Wohl aber könnten die Großunternehmer sehr viel mehr für die Entwicklung der Fortbildungsschulen und Fachschulen aufwenden, nach dem Beispiel des amerikanischen Kapitalismus.

Interessant war, wie der persönliche Idealismus des Herrn Kerchensteiner auf der Rechten wirkte. Man war da offenbar in ziemlicher Verlegenheit, weil man sich sagte, daß ein solcher Liberalismus wenig Bündnisfähig sei, und das bedeutete schärfste Ansichten für die Reaktion. Der Eugen Richter'sche Liberalismus, der eine Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sah, war der Rechten viel genehmer. Wenn Herr Kerchensteiner konsequent sein will, so muß er Anschluß an die Sozialdemokratie suchen, das größte Verständnis für seine Ideen wird er auch zweifellos in Arbeiterkreisen finden. Interessant waren auch seine Ausführungen über das Schulwesen an sich. Die Abschaffung des Einjährigfreiwilligenzeugnisses würde zweifellos eine Verbesserung unserer technischen Vorbildung zur Folge haben. Heute besteht ein Vorurteil gegen alle Arbeit, die schmutzig macht. So wird z. B. die Arbeit eines Monteurs, der eine sehr komplizierte Maschine zusammenzusetzen versteht, aber dabei einen schmutzigen Arbeitsmittel anzuwenden muß, in vielen Kreisen noch für minderwertiger gehalten, als die Arbeit eines Schreibers, der schöne Aufsätze macht. Unter den Arbeitern selbst ist natürlich diese Auffassung längst überwunden.

Die Herren Behrens und Giesberts haben wieder über sozialdemokratischen Terrorismus geklagt. Sie sollten sich einmal die Frage vorlegen, warum überhaupt die christlichen Gewerkschaften existieren. Die Tatsache, daß es keine christlichen Unternehmerverbände gibt, beweist schon allein die mangelnde Greifensbereitschaft der christlichen Gewerkschaften, die nur die Arbeiterbewegung spalten und lähmen. Trotzdem bemüht sich der Vergarbeiterverband den gegebenen Tatsachen Rechnung zu tragen, alle Weltanschauungsfragen aus der Gewerkschaft fernzuhalten. Wenn allerdings innerhalb einer sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaft die moderne Weltanschauung in höherem Maße vertreten wird, so ist das selbstverständlich, aber niemand wird es verwehrt, seine abweichende Weltanschauung zu vertreten. Wenn er sich zu schwach dazu fühlt, so ist das sein gutes Zeichen für seine Weltanschauung. Terroristische Verwicklungen einzelner mögen vorkommen, aber immerhin bleibt doch ein Unterschied in den Zielen des Terrorismus, der von solchen Gewerkschaftlern ausgeht, und des Terrorismus der Unternehmer. Der eine wird zugunsten der Organisation ausgeübt, er ist nicht ein egoistisches, sondern entwirft eine höhere Idee, während der kapitalistische Terrorismus egoistisch ist. Dieser ist daher moralisch viel minderwertiger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es scheint mir sehr bedenklich, daß der Staatssekretär Delbrück es fertig brachte, lobend hervorzuheben, daß die

Befragungen wegen Streikvergehens

in den letzten Jahren erheblich scharfer geworden seien. Das war eine direkte Aufreizung der Richter, in der Richtung fortzufahren. Wir müssen umgekehrt fordern, daß die Richter das moralische Moment in den Gewerkschaften begreifen und hier und da ein Wort der Entschuldigung und Milderung finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Verständnis für die große Idee der Gewerkschaften ist mir bisher bei unseren Richtern noch nicht begegnet. Das ist eben der Grund, weshalb wir so oft von Klassenjustiz sprechen müssen. Der Abg. Behrens hat darüber geklagt, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften so oft in ihrer Ehre angegriffen würden. Ich kann es verstehen, daß man leicht die Reizung hat, diejenigen als Verräter anzusehen, die die allgemeine Arbeiterbewegung durch ihre Abspaltung schädigen und besonders auch bei der jetzigen Vergarbeiterbewegung eine Stellung einnehmen, die mehr den Interessen der Unternehmer als denen der Arbeiter dient. Der Abg. Behrens schiebt in Bezug auf die mangelhafte Vertretung der Arbeiterinteressen hier doch den Vogel ab, sogar der Abg. Giesberts nahm in Bezug auf die Vergarbeiterfragen eine ganz andere Stellung ein als er. In den Antwortschreiben, die der freie Vergarbeiterverband von den Rechten auf seine Forderungen erhalten hat, heißt es größtenteils, die Forderungen könnten nicht bewilligt werden, da der größte Teil der Verlegschaften dem christlichen Gewerksvereine angehöre und die Forderungen der übrigen Organisationen nicht mitmache. Das ist die Erklärung dafür, daß die christlichen Gewerksvereine in der Tat bei den übrigen Arbeitern berechtigte Empörung hervorrufen und auf allzu große Hochachtung nicht Anspruch erheben können.

Von den

lichen Rechte, so dünkt er ihm heute als Schandmal der Sklaverei. Dieser Schandmal, der den Himmelslohn von dem Barbaren aus Europa und Amerika unterließ, der den, der ihn abschneidet, aller Gnade und Günst der Ahnen beraubte und ihn gesellschaftlich tot machte, darf sich heute in den Straßen von Kanton, Shanghai, Kankin und vielen anderen Städten nicht mehr sehen lassen. Wer sich mit ihm herumschleudert, der würde als ein Feind der neuen Regierung erscheinen; schneller und gewalttätiger, als ihm lieb wäre, würde die Hoarzier von schnellen Scheren abgeschnitten werden. Gelehrte Leute wollen es den konservativen Chinesen leicht machen, sich von dem Ehrenzeichen ihrer Väter zu trennen. In den Zeitungen kann man lesen, daß kein Chinese, der etwas auf sich hielt, einen Jopf getragen habe, bevor vor dreihundert Jahren die Mandchuherrschaft aus Kuder kam. Wie an allem Altem und sinnlos Ercheinendem sollen also auch die Mandchus am Jopf schuld sein. In Kanton und in Shanghai sieht man heute keinen Jopf mehr. Jeder Mann und jeder Knabe erscheint mit kurzgeschnittem Haar, und es gab eine Zeitlang ausgerohte Szenen, wenn alte Herren, die sich von der geliebten Erinnerung ihrer Jugend- und Mannesjahre nicht trennen konnten, das Opfer jener zahlreichen Scharen von Amateurfreizeutern wurden, die sich mit großen Scheren ausgerüstet hatten. Hatte man einen Jopf aufgeschubert, dann gellten schrille Pfeife, von allen Seiten stürmten die Scherenträger herbei und ritzten — war die nun so verzichtete Manneszierde gefallen. Freilich läßt sich auch ein Jopf wieder ersehen, und vielleicht werden die jetzt so wild verfolgten Dokumente früherer Barbarei gar bald wieder die Köpfe schmücken. Kam es doch auch schon früher, in vorrevolutionären Tagen, nicht selten vor, daß jemand sich den Jopf abschneidet und doch in der Öffentlichkeit und bei feierlichen Gelegenheiten mit ihm erschien, indem er sich ihn einfach unter dem Hut feststeckte.

Notizen.

Die Neue Sezession eröffnet am 9. März ihre fünfte Ausstellung (Zeichende Künste und Plastik). Sie befindet sich im Hause Kopp u. Japhy, Potsdamer Str. 122, und ist wochentäglich von 10-6, Sonntags von 10-4 Uhr geöffnet. — Ernst Schur ist im 38. Lebensjahre in Gosh-Pikterfelde gestorben. Ein Leben, das ganz dem Erleben von Kunst und Kultur geweiht war, ist brutal dahingerafft worden. Was Verherren als Frucht langer Jahre gewann: in allem, was ist, den Rhythmus der Schönheit zu empfinden, war ihm in jungen Jahren geworden. Seine Mission war, von diesem Erleben der Schönheit in Natur und Kunst — mochten es nun nachschaffende Kritiker und Wegführer oder eigene Dichtungen sein — mitzuteilen, in anderen wahrzunehmen, was ihn selbst erfüllte. Andere Leser haben den feinfühlernden Kritiker, der hier Jahre hindurch sie neues Leben lieh in den Werken der Maler und Architekten, der ihnen die werdende Schönheit der Großstadt erschloß, der allem nachging, das von neuem Leben zeugte, in gutem Ge-

Landarbeitern

ist bisher recht wenig hier gesprochen worden. Wir verlangen in einer Resolution, daß baldigst ein Gesetz vorgelegt werde, durch welches unter Aufhebung der landesgesetzlichen Gesindeordnung das Vertragsverhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes reichsgesetzlich geregelt wird. Wir fordern vor allem auch die Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter. Nach den vielen Anträgen, die auch von anderen Parteien zugunsten der Landarbeiter eingegangen sind, ist ja scheinbar das Wohlwollen für diese Arbeiter überall recht groß. Das sollte der Regierung wenigstens Veranlassung geben, dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Wandel, der sich in den Produktionsverhältnissen der Landwirtschaft durch die Einführung der Maschine vollzogen hat, hat die unerfreuliche Wirkung, daß die Landwirtschaft noch mehr als bisher den Charakter der Saisonarbeit gewinnt. Wenn man die ausländischen Wanderarbeiter für die Landwirtschaft auf den Bahnhöfen ankommen sieht, so sieht einen der Jammer an. Von der Abhille der landwirtschaftlichen Tätigkeit kann da keine Rede sein. Das schlimmste ist, daß diese Wanderarbeiter vollständig losgelöst werden von dem, was man menschliche Wohnung nennt. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiterkasernen auf dem Lande sind ja keine Wohnungen, sondern

Schlafstellen der bedenklichsten Art.

Die Gewerbeinspektionsberichte aus den bedenklichsten Landesteilen zeigen schon seit Jahren wahrhaft erschreckende Bilder. So wird beispielsweise aus Braunschweig berichtet, daß in einem Schlafraum drei Betten standen, in denen schliefen ein Ehepaar, ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen. (Hört! hört! links.) Das dient natürlich nicht zur Hebung der Sittlichkeit, aber die Schuld daran tragen diejenigen, die trotz ihrer wirtschaftlichen Macht eine derartige Schamererei dulden. (Sehr wahr! links.) Auch auf diesem Gebiet müßte ein Reichswohnungsgesetz Wandel schaffen. Daneben muß aber endlich auch einmal ein bißchen mehr politischer und wirtschaftlicher Anstand unter den ländlichen Arbeitgebern Platz greifen. Besser als alle Gesetze und Polizeivorschriften würde aber mit den entsetzlichen Zuständen in der Landarbeiterschaft ausgedrückt werden, wenn den Landarbeitern ein wirklich freies Koalitionsrecht gewährt wird, das auch geschützt wird gegen alle Angriffe der Unternehmer. Der Alkoholismus unter den Landarbeitern würde damit auch am besten eingedämmt werden, daß man diesen Arbeitern durch die Organisation ein höheres Lebensziel gibt. Die ländlichen Arbeiter in den Ziegeleien sind besonders an dem Alkoholmißbrauch beteiligt, der noch künstlich dadurch gefördert wird, daß die Zwischenmeister aus dem Schnapsvertrieb ihren Profit ziehen. In den Ziegeleien meine ich Wahlkreise heißt es, diejenigen Arbeiter bekommen die besten Stellen, die am meisten saufen. (Hört! hört! links.) Die überlange Arbeitszeit der ländlichen Arbeiter muß endlich aufhören. Wenn die Leute von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends angestrengt arbeiten müssen, dann gehen sie natürlich um 8 Uhr schlafen und haben nur so eine Stunde täglich vom Leben. Die Herrschaften auf der rechten rühmen sich immer ihres Christentums. Wie sie es aber fertig bringen, das Ebenbild Gottes so zu mißhandeln, daß es nur eine Stunde täglich menschlich leben kann, das ist mir unverständlich.

Auch die Lohnverhältnisse sind schauerhaft. Bei einem Wochenlohn von 10 oder 12 M.

ist es kein Wunder, daß sich deutsche Arbeiter zu dieser Tätigkeit nicht hergeben und Rußen und Galizier herangezogen werden müssen. Eine gerechte Anwendung des Vergütungsgesetzes ist besonders auf dem Lande nötig. Damit wird es aber nicht eher besser werden als bis wir in Preußen ein gerechtes Wahlrecht, und damit auch einen besseren Landtag bekommen.

Die Kinderarbeit auf dem Lande nimmt äußerst bedenkliche Formen an. Die Kinder werden beispielsweise beim Mühlstein in einer Weise angestrengt, die ihre Gesundheit schwer schädigen muß, ganz abgesehen davon, daß von einem vernünftigen Schulunterricht dabei natürlich keine Rede sein kann. Unsere Stellung zur Landwirtschaft ist durchaus darauf eingerichtet, nicht bloß das Los der Arbeiter auf dem Lande zu bessern, sondern auch der Landwirtschaft selber ihre Produktion in jeder Beziehung günstiger zu gestalten. Wir kämpfen nicht gegen die Landwirtschaft, sondern nur gegen die Mente und den Profit des Großkapitals. Wenn wir in unserem Programm die Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordern, so würde das auf dem Lande der Grund und Boden sein und auch auf dem Grund und Boden, der Gesellschaftseigentum ist, könnte sich eine bäuerliche Landwirtschaft sehr viel besser entwickeln, als unter den

bedenklich. Ernst Schur fand den Weg vom preussischen Kaserendör zum freien Menschen und des weiteren vom Kaserendör zum Volk. Er empfand und wollte Kunst und Kultur nicht als ein Genießen weniger, nicht als Luxus, sondern als Erbe aller und Lebensnotwendigkeit.

Das Ringen um den Südpol. Der Engländer Scott und der Norweger Amundsen sind beide seit Jahr und Tag an der Arbeit, von zwei verschiedenen Punkten aus, den Südpol, den Shackleton trotz seines bewundernswürdigen Vorstoßes nicht erreicht hatte, zu bezwingen. Von beiden Forschern liegen jetzt (unkontrollierbare) Meldungen vor, wonach Scott den Südpol erreicht und Amundsen nach Hobart (Tasmanien) zurückgekehrt sei. Amundsen hatte bekanntlich im Sommer 1910 die Ausreise auf der „Fram“ angetreten mit der Absicht, sich durch das nördliche Eismeer treiben zu lassen, dann aber aus Mangel an Mitteln den Plan geändert und den Kurs nach Süden genommen. Im Januar 1911 war er an der Eismauer eingeschlossen und hatte seine Station auf 78 Grad, 24 Minuten südlicher Breite errichtet. Die „Fram“ lehrte dann um und unternahm ozeanische Forschungen, traf aber im letzten Herbst wieder an der Station ein. Scott wollte im Oktober 1911 die Schlittenreise antreten, er hatte sein Winterquartier auf dem Viktorialand, erheblich nördlicher als Amundsen. Nach englischen Meldungen soll Amundsen bereits bestatigt haben, daß Scott den Südpol erreichte.

Vedrines will zum Südpol fliegen. Die bereits gerücheltweise aufgetauchte Meldung, daß der französische Flieger Jules Vedrines seine Kunst in den Dienst der Südpolarforschung stellen will, erfährt durch den Aviatiker selbst ihre volle Bestätigung. Vedrines wird sich der Südpolarexpedition des Dr. Charcot anschließen. Schwierigkeiten, wie sie Charcot auf seiner antarktischen Reise entgegenstand, so erklärte Vedrines, können durch die Flugmaschine leicht überwunden werden. Ich kann mit meiner Maschine vom Schiff aus Flüge unternehmen in Begleitung von zwei oder drei Passagieren und mit genügendem Vorrat für eine längere Zeit. Ein solcher Vorstoß im geeigneten Augenblick wird uns als die ersten Menschen an den Südpol bringen.

Das Denkmal eines Kommunarden. Jules Vallés, der bekannte sozialistische Schriftsteller, das Mitglied der Pariser Kommune, deren Endkampf er im Schlüsselband seiner autobiographischen Romantrilogie „Jacques Vingtras“ podens dargestellt hat, wird in seiner Vaterstadt Puy ein Denkmal bekommen. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß beim Leichenbegängnis Vallés' die nationalistischen Banden auf den von deutschen sozialistischen Vorkämpfern angeführten Kranz wiederholt gewalttätige Angriffe unternahmen, aber von den Häuptern verbrüderter französischer und deutscher Proletarier glänzend abgewehrt wurden. Diese „nationale“ Veräufung ist damals von der Bismarckschen Regierung mit Genugtuung vermerkt worden.

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Kein Laden, nur 1 Tr. ■ Preisliste franko. ■ Kein Laden, nur 1 Tr.
ca. 20 Prozent unter bisherigem Preis — solange Vorrat!



Nebenstehende
6 Pf.-Zigarre
Deliciosa
milde Qualität
100 Stück 4.30

Ferner empfehlen erprobte gute Marken zu billigsten Engrospreisen.
Kleine Mexiko-Zig., 100 St. M. 3.— Den Diaz, 100 St. M. 4.50 Casilda, 100 St. M. 5.—
Santa Clara-Manila 100 St. M. 4.— Victoria Pflanzler, 100 St. M. 4.65 Senta, 100 St. M. 6.—
Verkauf nur in Originalkisten (kein Einzelverkauf) 400 St. fr. Nachn. (Tabak allein 9 Pf. fr.)

Hörten-Randtabak Rr. 1 Rr. 2 Rr. 3 Je. Hörten-Shagtabak der 1.50
Czollek & Geballe Zigarren Berlin G., Neue Promenade 7 tr.
Engros, vis-à-vis Haupting. Stadtbahnhof Börs.
Preisliste franko.

Schallplatten
Verleih - Institut.
Auch nach auswärts. Preis. gratis.
Karl Borhs, Berlin 69
Neue Königstrasse 38.

Möbel-Angebot.
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnheimrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 85, Postamt 109.
Kein Abzahlungsgeschäft.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 8. März 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Dr. Klaus.
Fischer. Die Lärm um Nichts.
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Jirkus Sarraffi. Gala-Vorstellung.
Daberland. Spezialitäten.

Urania. Landenskrähe 48/49.
Der Großknecht, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörspiel: Prof. Eckstein: Schutz der einheimischen Tierwelt.
Leitung: Gelpert.
Kleines. Zeitliches Geburtstags-Gesang und Johann Kasper. Hedenjos.

Rönngräber Straße. Die fünf Prankfurter.
Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Art. II. Teil.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Neubaus. Alles für die Firma.
Komische Oper. Der Freischütz.
Kurfürstentheater. Die verkaufte Braut.

Westen. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Hofjungen.
Neues Operetten. Von Schiller O. Gräfin Lea.
Schiller. Charistenburg. Kyritz.
Friedrich. Wild. Schauspielhaus.
Alt-Geibelberg.

Kaisers. Sommerputz.
Kofe. Bonaparte und seine Frauen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Thalia. Geschlossen.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Kipona. Spezialitäten.
Vauxhall. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert.
Der Hausteufel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsstadt-Kasino. Kinder der Wüste. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandblatts Vollerabend. Loggelassen. Wassenübung.
Vauxhall. Wandblatts.
Boigt. Das Mädchen ohne Ehe.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Kathen der Welt.
Belle-Alliance. Die Reineckgräfin.
Zierwarie. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonntag, mittags 12 Uhr:
Kammermusik.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Waldestrau.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.

Theater in der Königgrätzer Straße.
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.

Belle-Alliance-Theater.
Sonabend 8 1/2 Uhr: Wallenstein Tod. Schiller-Vorstellung.
(Schiller-Blatt 90 Pf.)

Luisen-Theater.
Freitag: Sommerputz.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Abends: Der Berschwender.
In Vorbereitung: Die Rose von Japan.

ROSE-THEATER
Große Schauspielstr. 133.
Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Sonabend 8 1/2 Uhr: Rosskappchen.
8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauschen gefaltet.
Die Nacht von Berlin!
7 Akte in 7 Bildern von Prof. Eckstein. Musik von H. Polländer.
In Szene gesetzt vom Dir. A. Schütz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Neues Programm.
Sensationeller Erfolg!
Los Nr. 33.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetverkauf 11-2 (Theaterkass.)

Königsstadt-Kasino.
Vde-Polymarkt u. Kiegenderstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntags 1/2, 6 Uhr:
Theater und Varieté.
Don 1.-16. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“.
Operetten-Vorlesung v. D. Richter.

Verband der Schneider u. Wäschereiarbeiter
Filiale Berlin III. Neue Königstr. 6
Wäsche-, Krawatten-, Korsett- und Wäschereibranchen

Sonabend, den 16. März 1912:
Bauernball
mit Doppel-Musikkapellen
In den festlich dekorierten Gesamträumen der Brauerei „Königsstadt“, Schönhauser Allee 10 am Schönhauser Tor.
— Auf der Vogelwiese — Großer Jubel und Trubel —
Sportliche Veranstaltungen aller Art — Rodelbahnen —
Turnerische Aufführungen, —
ausgeführt von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“ (Damenabteilung)
Böhmische Bauern-Quadrille, Tansauführung von Kolleginnen ausgeführt.
— Anfang 8 Uhr. — — Einlasskarte 50 Pf. —
Alle Kollegen und Kolleginnen nebst ihren werten Angehörigen, Freunden und Bekannten sind hiermit freundlichst eingeladen und bitten wir, möglichst in dem Fest entsprechenden Kostümen zu erscheinen.
Passende Kopfbedeckungen sind am Eingang erhältlich.
Die Ortsverwaltung.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert.**
Musik. des 1. Garde-Ulanen-Regt. Oberm. Loeser.
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt. Hasenheide 108/114
Täglich: **Bockbierfest** in den bayerischen Alpen.
Wunderbare Adendekoration. Neu! Gehirnsterrassen. Neu!
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr
Entree 30 Pf. 50 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Madi.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großknecht, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal Prof. Eckstein 8 Uhr: Schutz der einheimischen Tierwelt.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede das Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder. Das Mädchen mit dem Mähnenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab
Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
Ab Freitag, den 15. März 1912:
Der Vossen-Schlager
Die lustige Strohwitwe.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Trubelns Sommerreise.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund**.

Zirkus Schumann
Freitag, den 8. März 1912, abends 8 Uhr:
Keine Zirkusvorstellung sondern Gastspiel d. Deutseh. Theaters:
„Jedermann“, von Hugo von Hoffmannsthal.
Morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr: **Grande Soirée Highlife**
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
Besonders hervorzuheben:
Das lebende Karussell
sowie alle übrigen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das Motorpferd.
Sonntags: 2 Vorstellungen 8 1/2, und 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch
Freitag, 8. März 1912, 7 1/2 Uhr:
Die Vorstellung beginnt mit der **Pantomime**
Die Hexe
daranschließend ca. 9 Uhr das zirkusische Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Die internationalen **Ringkämpfe.**
Täglich nur große Kämpfe. Nähere Einzelheiten im Programm.
Die Orplington!
Unübertroffene Rekordleiste.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der Wälderstraße.
Dirigiert von Fetsch.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und **Waldiertrubel**
Bei freiem Entree. C. NIBLE.

Union-Theater
Alexanderplatz. Unt. d. Linden.
Moritzplatz. Hasenheide.

Heute zum letzten Male:
Arme Jenny.
Volkestück in zwei Akten mit
Asta Nielsen
der „Duse der Kino-Kunst“ in der Hauptrolle.
Union-Wedding, Reinickendorfer Theater-Wedding, Straße 14:
Die Vampyr-Tänzerin.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Kunstlauf - Produktionen.
Abendlich:
Tänze auf dem Eis.

D. kleine Charlotte
als Walzerkönigin.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.

Weltmeister
Bror Meyer
kommt!

Ant. H. Berliner No. 1000
Humor-Quartett
Gg. Treuer, Kastanienallee 40
Für den Inhalt der Zitate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.



A. Wertheim



G.M.B.H.

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Soweit vorhanden:

Fleischwaren

- Rotwurst Pfund 45, 70 Pf.
- Landleberwurst Pfund 85 Pf.
- Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
- Pastetenleberwurst Pfund 1.00
- Jagdwurst Pfund 90 Pf.
- Teewurst Pfund 1.10
- Salamiwurst Pfund 1.20
- Zerelatwurst in Bladdarm Pfund 1.20
- Zerelatwurst in Peitdarm Pfund 1.35
- Rollschinken Pfund 1.20
- Mausschinken Pfund 1.15
- Schinkenspeck $\frac{1}{2}$ -3 Pfund $\frac{1}{4}$ -4 Pfund Pf. 95 Pf.

Geflügel

- Wolghühner Stück 1.75, 2.25
- Enten (solforosa) Stück 2.50, 2.75, 3.00
- Hühner Stück 1.75, 2.25, 2.50
- Puten Pf. 88 Pf.
- Junge Gänse Pf. 1.30
- Brüsseler Poularde Pf. 1.58
- Birkhähne Stück 1.75
- Schnepfchühner Stück 98 Pf., 1.05

Wild

- Hirschfleisch**
Keule Rücken Blatt Ragout
Pfund 90 80 60 20 Pf.
- Renntierfleisch**
Keule Rücken Blatt Ragout
Pfund 80 70 50 20 Pf.

Frisches Fleisch und Fische

- Pa. Schmorfleisch Pf. 85 Pf.
- Rinderfilet ausgeschält, im ganzen, ca. 4 Pf. schwer 1.40
- Roastbeef Pf. 95 Pf., ohne Knochen 1.30
- Fehlorippe u. Brust Pf. 75 Pf.
- Kamm Pf. 65, Gulasch Pf. 70 Pf.
- Gehacktes Pf. 60 Pf.
- Kamm und Schuft Pf. 80 Pf.
- Schweine-Kotelettes Pf. 90 Pf.
- Schweinefilet Pf. 1.20
- Kleinfleisch Pf. 25 Pf.

Hülsenfrüchte

- Victoria-Erbsen Pfund 20 Pf.
- Kleine Erbsen Pfund 16 Pf.
- Glasierte gelbe Erbsen Pf. 22 Pf.
- Grüne Erbsen Pfund 21 Pf.
- Grosse Linsen Pfund 28 Pf.
- Mittel-Linsen Pfund 18, 22 Pf.
- Lang-Bohnen Pfund 23 Pf.
- Kleine Bohnen Pfund 18 Pf.

Dörr-Gemüse

- Julienne Pfund 68, 95 Pf.
- Wirsingkohlr in Blättern Pfund 1.10
- Rotkohl geschnitten Pfund 95 Pf.
- Grünkohl Pfund 80 Pf.
- Kohlrüben geschnitten Pfund 65 Pf.
- Karotten geschnitten Pfund 80 Pf.
- Schneidebohnen Pfund 1.65
- Russ. Schoten Pfund 2.10

Roter Tischwein

- 1909 Saint Mathieu 1/4 Fl. 66 Pf.
- 1909 Saint Marie 1/4 Fl. 72 Pf.
- Almando 1/4 Fl. 80 Pf.

Südwein

- Tarragona 1/4 Fl. 75 Pf.
- Feiner alter Tarragona 1/4 Fl. 1.00
- Insel Samos 1/4 Fl. 85 Pf., 1.00

Hammelkeule u. Rücken im ganzen Pfund 75 Pf.

Dicke Rippe Pf. 60 Pf. Dünnung Pf. 50 Pf.

- Kabeljau in ganzen Fischen ohne Kopf 12 Pf.
- Schellfische in ganzen Fischen, 2 bis 4 Pf. schwer, Pf. 19 Pf.
- Grosse Schollen Pfund 20 Pf.
- Seelachs in ganzen Fischen Pfund 10 Pf.
- Seeaale (Langfisch) Pfund 16 Pf.
- Heilbutten Pf. 45, 70 Pf.
- Rotzungen Pf. 22 Pf.

- Goldbutten Pf. 38 Pf.
- Tafellachs Pf. 45 Pf.
- Lebende Plötzen Pfund 33 Pf.
- Lebende Bleie Pfund 30, 38 Pf.
- Lebende Schleie gross Pfund 92 Pf. Über 10 Pf. bis 5 Pf. schwer
- Lebende Hechte Pf. 58 70 90 Pf.
- Lebende Schuppen-Karpfen Pf. 58, 65 Pf.

Verkäufe.

Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes

Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes

Möbel.
Möbel (disfret). Keine, alle, gut remontrierter Firma liefert Möbel unter Disfretion auf Teilzahlung.

Musikinstrumente.
Pianos, gut erhalten, 150,-, verkauft Hölzel, Colnerstr. 25 (nahe Alexanderplatz) 34/14

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Privatunterricht englischer Unterricht wird auch in der englischen Sprache gegeben.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Zubehälter, 32, Schreib- und rechen-gewandt, funktionstüchtig, sucht irgend welche Beschäftigung.

Verkäufe.
Leppische! (leberhafte) in aller Ordnung, fast für die Hälfte des Wertes

Geschäftsverkäufe.
Restauration mit mehreren Zimmern, 1900 Mark Wert, zu verkaufen. Bismarckstr. 82. +140

Möbel.
Möbel (disfret). Keine, alle, gut remontrierter Firma liefert Möbel unter Disfretion auf Teilzahlung.

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damentabrad, wie neu 35,-. Holz, Nimmertstr. 44. 1000R

Vermietungen.
Fest umständehalber zu verpachten oder zu verkaufen Deuffelstr. 66. +101

Vermietungen.
Wohnungen.
Brombergerstr. 6/7, Städt. Wohnhaus, 2 Zimmer, 2 große Kabinen, Bad, Kammer, Küche. Auf 3 Monate Entgeltlos zu vermieten. +300

Partei - Angelegenheiten.

Taubstumme!

Den taubstummen Genossen zur Kenntnisnahme, daß der nächste Zahlabend am Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Haberland, Linienstraße 78, stattfindet.

Sechster Wahlkreis. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 9. März, in folgenden Lokalen statt: Germania-Prachtzale, Chausseestr. 110; Roabiter Gesellschaftshaus, Bielefstr. 24, und Pharuszale, Müllerstr. 142.

Steglich-Friedmann. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Hörsstr. 15a: IV. Vortragsabend des Genossen E. Däumig über: Deutsche Literaturgeschichte.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute abend von 7 Uhr ab: wichtige Parteiarbeit. Für den 1. Wahlbezirk treffen sich die Genossen der Bezirke 6, 7, 8 bei Runge, Eisenstr. 106, der Bezirke 5, 9, 10, 11, 12 bei Schulte, Am Treptower Park 87.

Johannisthal. In der am Sonntag, den 10. März, von mittags 12—4 Uhr stattfindenden Gemeindevahl für die dritte Klasse findet am Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr, bei A. Gobin, Roonstraße 2, ein Extrazahlabend statt.

Röpenitz. Morgen Sonnabend von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Pankow. Am Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Petershagen. Am Sonntag, den 10. d. M., findet zur Gemeindevortragswahl eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt früh 8 Uhr im Lokal von Appel.

Frans.-Buchholz. Sonntag, den 10. März, vormittags von 10 Uhr ab: Flugblattverbreitung von allen Bezirken aus.

Lichtenrade. Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Mittags 1 Uhr im Wirtshaus Lichtenrade: Große Gemeindevahlerversammlung. Sorgt für guten Besuch.

Bernau. Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei F. Salzmann, Vassdorfer Straße, ein Dusch-Abend statt. Eintrittspreis 20 Pf. Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Eintritt.

Germsdorf bei Berlin. Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. — Mittags 12 Uhr: Extrazahltag im „Forsthaus“. Zu dieser Extraveranstaltung haben auch Arbeiterwähler Zutritt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

genehmigte gestern eine vom Magistrat beantragte weitere Regelung der Gehälter des Lehrpersonals der Gemeindeschulen, eine Erhöhung der Ortszulagen. Stadtverordneter Cassel schlug eine Resolution vor, die den Magistrat ersuchte, den Lehrern und Rektoren die letzte dieser Zulagen noch um eineinige Dienstjahre früher zu geben.

Die Verstädtlichung des Rettungswesens war von der Stadtverordnetenversammlung schon vor vier Wochen grundsätzlich beschlossen worden. Ein Ausschuss hatte nur noch zu prüfen, ob schon jetzt ein Auditorium eingeeicht werden sollte, das die Grundzüge und Bedingungen der im nächsten Jahre durchzuführenden Verstädtlichung sowie der Uebernahme der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen festzulegen und das jetzige Rettungswesen zu verwalten hätte.

Ein Magistratsantrag, dem Internationalen Hausbesitzerkongress bei seiner Tagung in Berlin ein Fest zu bereiten und zu diesem Zweck 12000 M. aus dem Stadtsäckel herzugeben, wurde von unseren Genossen bekämpft. Es kam dabei zu einem lebhaften Gedankenaustausch zwischen Genossen Rosenfeld und den Hausagrariern des Stadtparlaments, denen er einige unbequeme Wahrheiten sagte.

Scherls Diebstahl. Vor einiger Zeit gestohlenen war, daß Scherl in seinem „Allgemeinen Wegweiser“, mit dem er auch

Arbeiterwohnungen zu verschaffen sucht, Preisaufgaben stellt für Diebe und solche, die es noch werden wollen. Zunächst erstanden seine Reklameleute einen neuen Trick, wie man im Schalteraum von Postämtern auf Räubereien ausgehen kann.

Ein eigenes Krematorium will Wilmsdorf bauen. Die Pläne hierfür liegen bereits fertig vor, und es ist zu erwarten, daß der Magistrat innerhalb weniger Wochen der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zugehen lassen wird.

Der Unglück in der Neuen Promenade hat gestern wieder seine Opfer gefordert. Als in der Mittagstunde eine Autodroschke von der Straße am Zwirngraben in die Neue Promenade einbiegen wollte, sah der Führer plötzlich einen ihm entgegenkommenden Radfahrer vor sich.

Die elektrische Uferbahn von Grünau über Karolinenhof nach Schmüdow ist gestern landespolizeilich abgenommen worden. Die Probefahrt mit dem benzol-elektrischen Wagen der Siemens-Schuckertwerke gab zu Aufstellungen keinen Anlaß.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich der 30 Jahre alte Schneidermeister Ernst Müller aus der Liebenwalder Straße 33. Vor acht Tagen mußte seine Frau wegen eines inneren Leidens das Krankenhaus aufsuchen.

Benzinexplosion in einer Drogerie. Gestern mittags kurz nach 12 Uhr erfolgte in der Elisabeth-Drogerie von Willi Stark in der Romsenstr. 40 zu Charlottenburg eine heftige Benzinexplosion, bei der der Inhaber der Drogerie und dessen Ehefrau Brandwunden im Gesicht, an Händen und Füßen davontrugen.

Zu dem Hausmordversuch am Spittelmarkt wird mitgeteilt, daß sich das Befinden der überfallenen Frau Witwe Schell im Laufe der vergangenen Nacht und des gestrigen Vormittags wieder so gebessert hat, daß sie vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I vernommen werden kann.

Weiter wird mitgeteilt, daß die überfallene Frau Witwe Schell aus der Wallstr. 14 gestern durch den Untersuchungsrichter des Landgerichts I vernommen worden ist. Die Frau, die sich jetzt soweit erholt hat, daß sie eingehend den Ueberfall schildern konnte, bezeugt unter ihrem Eide, daß der Täter bestimmt ihr früherer Hausdiener Alois Wittlich ist.

Straßenbahnunfälle. Auf der Schillingbrücke wurden gestern früh gegen 4 1/2 Uhr Reparaturarbeiten an der Straßenbahnleitung ausgeführt. Als der Arbeiter Armin Holtz, Röllendorferstraße 49 in Lichtenberg wohnhaft, den Turmwagen nach einer anderen Arbeitsstelle lenken wollte und dabei das Gespann rückwärtsgehend führte, wurde er von der Dreiecksbrücke gegen den Unterlauf gestossen und

gegen einen haltenden Straßenbahnwagen gedrückt. Der Aufseher, der eine schwere innere Quetschung erlitt, wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhaus Pankow übergeführt. — Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Pferdendroschke ereignete sich an der Ecke der Königgräzer und Röllendorferstraße.

Stellunglosigkeit und Nahrungsvorsorgen haben den 87 Jahre alten Apotheker Eugen Kieger aus der Kobalistr. 15 in den Tod getrieben. Kieger hatte sich mit Strichnium vergiftet. Durch einen Sturz aus dem Fenster hat die 66 Jahre alte Witwe Karoline Petch geb. Karloschin aus der Dresdener Straße 37 ihrem Leben ein Ende gemacht.

Der dritte Vortrag über die Alkoholfrage, den die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Absinntenbundes veranstaltet, findet heute abend um 8 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses statt.

Wer sind die Toten? Die Persönlichkeiten zweier Männer, von denen einer auf der Straße plötzlich verstorben ist, der andere aus dem Totenlokal gelangt wurde, liegen bisher nicht feststellen. Auf dem Bürgerfest vor dem Hause Kaiser-Wilhelm-Straße 18 wurde von Schülern ein unbekannter Mann hilflos aufgefunden und nach der Rettungswache in der Keibelstraße gebracht.

Der Sängerchor „Südost“ (Mitglied des Arbeiterfängerbundes, Gau Berlin), Chorleiter Otto Kowalski, veranstaltet Sonntag, den 10. März, in Körners Festsaal, Appenstr. 29, ein Konzert. Rivalkräfte sind: Frau Klara Uelau-Heiderich (Sopran), Herr Otto Kowalski (Bariton), und die Herren Peter Ushmann (Violine), Rudolf Ushmann (Violoncello), Friedrich Ushmann am Flügel.

Keugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1911 in der Koenigsstraße drei junge Leute verhaftet und nach der Wache Jorndorfer Straße gebracht wurden, werden gebeten, ihre Adresse an Friedrich Schröder, Thierstr. 46, gelangen zu lassen.

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

befähigte sich in ihrer Sitzung vom Mittwoch zunächst mit einer Vorlage des Magistrats betreffend die Bewilligung von Beiträgen für die Jugendpflege. Es handelt sich um die Bewilligung von 600 M. zur Verpflegung eines Jugendpflegers und von 1000 M. zur Unterhaltung einer Zentralfestung für Jugendpflege. Diese Summe soll verwendet werden nach vorherigem Einverständnis mit der Regierung, und zwar soll dem Jugendpfleger in Charlottenburg die Leitung einer noch zu gründenden Zentralfestung für Jugendpflege im Regierungsbezirk Potsdam übertragen werden.

Zunächst kam es bei der Beratung des Etats des Elektrizitätswerkes zu Auseinandersetzungen grundsätzlicher Natur zwischen der Mehrheit und der Sozialdemokratie. Genosse Stühlschulte erklärte es, daß der Ausschuss, lediglich in dem Bestreben, die 100 Proz. nicht zu überschreiten, die allerniedrigsten Regeln der Staatsausstellung außer acht gelassen habe.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Frankfurter Viertel)
Bezirk 392.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Eisen-
drücker
Walter Woelke
Wallfodenstr. 28
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Landsberger Viertel).
Bezirk 393 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Metall-
schleifer
Wilhelm Hoffmann
Petersburger Str. 42
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. März, nach-
mittags, 4 Uhr, von der Halle
des Arbeiterbildungs-Kirchhofes in
Weihenlee, Lichterberger Straße
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schleifer
Wilhelm Hoffmann
am 5. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Arbeiterbildungs-Kirch-
hofes in Weihenlee, Lichterberger
Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/12 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Petersburger Viertel).
Bezirk 393 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Schloßmaler
Johann Wilk
Weidenweg 21
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes, Friedrichs-
felde, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns unser
Kollege
Karl Schmidt
von der Sektion Parkverwaltung
entzogen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken widmen.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. März er, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Arbeiterbildungs-Kirchhofes
in Weihenlee aus statt.
33/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden
wie Bekannten die traurige Nach-
richt, dass meine innigstgeliebte
Frau, unsere herzensgute Mutter,
Schwieger- und Großmutter,
Schwiegerin und Schwägerin
Emilie Kirchner
geb. Krieg
am 5. März d. J. im Alter von
58 Jahren nach langem Schwere-
n Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt selbstredend an
Vater **Gustav Kirchner**,
Tochter und Schwägerin,
Spinnmühlen Str. 27.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 9. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Arbeiterbildungs-Kirchhofes
in Nordend aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes sage ich allen
meinen herzlichsten Dank. 22773
Witwe Anna Hufe
nebst Kindern und Mutter.

Nach langem schweren Leiden
entschlief am 5. d. M. im 43.
Lebensjahre mein lieber Mann
und Vater, der Sattler
Fritz Rhinow.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung am Freitag, den
8. d. M., nachm. 3 Uhr, von der
Leichenhalle in Friedenau. 22762

**Deutscher Transportarbeiter-
Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Feder
Franz Gillar
am 5. d. Mts. im Alter von
59 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 8. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Pantomer Gemeinde-
Friedhofes, Schönholz, aus statt.
62/10 Die Bezirksverwaltung.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines unvergeßlichen Mannes
Hermann Koschmeda
sage hiermit allen Bekannten sowie
den beteiligten Vereinen unseren
tieftgefühlten Dank.
Wwe. Lina Koschmeda
und Tochter.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
den Genossen des 4. Kreises, ins-
besondere dem Zentralverband der
freien Händler und benachbarten Be-
rufsgenossen Deutschlands unseren
herzlichsten Dank.

Frau Gericke
nebst Kindern.
**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Ortsgruppe Berlin.

Touren
zum Sonntag, den 10. März:
1. Abt.: 1 Uhr: Baumshulsenweg
(Eber), Start: Köpenick, 28.
2. Abt.: 2 1/2 Uhr: Reddig (Stein
Lokal), abends Jochenberg (Wies),
Start: Schönhafer Str. 6.
3. Abt.: 2 1/2 Uhr: Reichenhof
(Wies), Start: Kauffler Platz 12.
4. Abt.: 1 Uhr: Spandau (Weißes
borer Str. 30), Start: Rüstener
Platz, Ecke Königsberger Straße.
5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Familienclub
nach Jochgarten (Waldburg), Start:
Eglum.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (See-
burger Str. 20), Start: Oberberger
Straße 28.
7. Abt.: 1 Uhr: Grottaf. Start:
Schulstr. 22.
8. Abt.: 2 Uhr: Ober-Schöneberg
(Schleimensehof), Start: Deufel-
straße 22.

**Außerordentliche
Zentralvorstands - Sitzung**
Montag, den 11. März,
abends 8 1/2 Uhr.

Der wichtigen Tagesordnung wegen
soilichiges Erscheinen der Funktionäre
notwendig. 10/17
Der Zentralvorstand.

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules**
tragen.

Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Band
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besondere Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kapp-
näthem, stark Gar-
n.

**Schwere Leder-Pilot-Tauchen.
Große Flecken unsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe**
4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 99-100 — Brünnenstr. 10
Or. Frankfurtstr. 30
Schöneberg, Hauptstr. 12
Haupt-Katalog gratis und franco



Permanente
**MÖBEL-
Ausstellung**
Bürgerlicher
Wohnungs-Einrichtungen

von 200 bis 10000 Mark
**Moderne Wohnzimmer
Moderne Schlafzimmer
Moderne Speisezimmer
Moderne Herrenzimmer
— Moderne Salons —**
Mod. buntfbg. Kücheneinrichtung.
Vollständige Ausstattung von
Pensionaten, Villen, Hotels usw.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Barzahlung 5% Rabatt!
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
Freis Zusendung durch eigene Gespanne für Gross-Berlin.
Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern.
Versand durch ganz Deutschland kostenfrei.
Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln.

Berliner
Möbel-Halle „Norden“
Inh. Rich. Thiele
128 Invalidenstr. 128
Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.
**1. Geschäft: Ackerstrasse 120
Speicher u. Werkstatt Invalidenstrasse 118.**

Betrifft Herren!
wird sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Erfahrung zur-
gelegte Herrenanzüge, Hüter und Jacketts. Diese Hüter sind zum Teil aus reinen Wollestoffen gefertigt (einzelne
auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Kaufpreis bis 220 M. jetzt zu folgen-
den sehr billigen Preisen: auch neu

Herren-Anzüge	9, 12, 16, 20 M. u.	Sehrschöne-Anzüge	18, 21, 24, 28 M. u.
Paletots u. Hüter	8, 12, 16, 18 M. u.	Herren-Anzüge	7, 10, 12, 15 M. u.
Hock-Anzüge	12, 16, 19, 22 M. u.	Herrenhosen	2, 3 bis 6 M.

Verzierung von eleganten Frack- und Gesellschafts-Anzügen.
Haupt-Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116, Andreasstr.**
II. Geschäft: **Chausseestr. 89.**

J. Wand,

**Sparame
Raucher**
rauchen

Fehlfarben-Sortimente
in Beuteln enthaltend eine Mischung
besonders preiswerter Marken!

**Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Hansa . . . 10 „ 75 Pf.
Exelsior 10 „ 1,00 M.**

J. Neumann
Berlin. Begründet 1850. Hamburg.
Cigarrenfabriken.
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.
Fehlfarben sind in Qualität den
sortierten Cigarren ebenbürtig.

Wichtig für Möbelkäufer!
Seiten günstige Kaufgelegenheit
Wohnungs-Einrichtungen
Herrenzimmer v. 293,- an | Speisezimmer v. 347,- an
Schlafzimmer 335,- „ | Wohnzimmer v. 360,- an
Bunte Küchen, modern, von M 54,- an
Einzelne Möbelstücke enorm billig.
Zahlungs-erleichterung gestattet!

Selbiger's Möbelkaufhaus
22 Brunnenstrasse 22
Fahrtgebäude I. u. II. Etage (neben Kaufhaus Jander).

Kenner kauen
den durch seine Güte unerreicht dastehenden
**Kapitän-
Kautabak**
General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 119.

Kautabak
Nur echt,
wenn jedes
Röllchen neben-
stehenden Zettel
enthält.
Haupt-
niederlage:
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelauer 5.
Tabak-Großdrlg. Amt Moritzpl. 3014.

**G. A. Hanewacker
Nordhausen.**
Schutzmarke.

Frack-Verleih-Institut
Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für
jede Größe passend, in großer Aus-
wahl vorr. **S. Berg Nachf. Borchardt,**
Friedrichstr. 115 I., a. Oranienburg-Str.
Tel. Nord 7402.

Wer die Adresse des
Gustav Wichmann,
Ruffler oder Diener, 38 Jahre alt,
zuicht Charlottenburg, Ruffler-
baum 30, II. wohnhaft, weiß, wird
um Angabe derselben gebeten. Kosten
werden zurückbezahlt. Jos. Kössinger,
München, Raubachstr. 43, I. 4819

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, arbeitende Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Haupthaus: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Ruhe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße, am Friedrichshagen. (Hitzdor) am Ringbahn.
Hohe billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßzahl, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

